



Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989

in den ehemaligen DDR-Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)
und Leipzig



Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989

in den ehemaligen DDR-Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Leipzig

Inhalt

Vorwort	5
Dokumentensammlung	8
Meldung über aufgefundene Flugblätter	9
Bericht über die Sicherung der Kommunalwahl	13
Handlungen und Vorkommnisse vor den Kommunalwahlen	16
IM-Bericht	26
Information zur Wahlverweigerung	27
Information zur Absicherung der Wahl	28
Reaktionen in der Bevölkerung	30
Information zu aufgefundenem Flugblatt	36
Lageeinschätzung	37
Tagesbericht zum Wahltag	39
Informationen nach erfolgter Wahl	43
IM-Bericht	49
Information zu Nichtwählern	50
Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl	54
Bericht zum Ergebnis der Wahl	55
Arbeitsgemeinschaft „Dialog“	62
Wahleingabe	69
Anhang	72
Abkürzungsverzeichnis	73
Der BStU und seine Außenstellen	76
Quellennachweis	80



Abb. 1
Foto: Archiv Bundesstiftung Aufarbeitung,
Fotobestand Klaus Mehner, Bild 89 0507 DDR-
Wahl 07

„Wir werden behandelt wie unmündige Kinder! [...] Die Betrugswahlen schreien zum Himmel! [...] Fordert freie und geheime Wahlen!“

Im Frühjahr 1989 begegneten DDR-Bürger aller Orten solchen Losungen: auf Zetteln in ihren Briefkästen, auf Wandzeitungen in Treppenaufgängen oder als Schriftzug auf Häuserwänden. Sie brachten die Unzufriedenheit vieler Bürger, nicht nur Andersdenkender, mit dem politischen und gesellschaftlichen System der DDR zum Ausdruck.

Die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 wurden zu einem Kristallisationspunkt der latenten Krise – hier verdichteten sich die Forderungen einer immer weiteren Kreise der Bevölkerung umspannenden Protestbewegung. Anlass für Unzufriedenheit gab es reichlich: die Reformbedürftigkeit des politischen Systems – weg vom „Zettelfalten“ zur wirklichen, demokratischen Mitbestimmung, Umweltverschmutzung, Versorgungsengpässe, eingeschränkte Reisefreiheit, der marode Zustand ganzer Häuserzeilen und Stadtteile und vor allem die Unfähigkeit oder Unwilligkeit staatlicher Stellen, diese Probleme ernsthaft anzugehen. Die Kommunalwahl in der DDR mit den im Vorfeld stattfindenden Wahlveranstaltungen bot eine Plattform und einen konkreten Anlass, um diese Unzufriedenheit zu artikulieren – sei es in Form von „Hetzzetteln“ und Eingaben oder durch Störung der Wahlveranstaltungen.

Auch in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Dresden und Leipzig beobachtete das MfS eine Vielzahl derartiger „Vorkommnisse“. Die Stasi reagierte darauf mit „Disziplinierungsgesprächen“ und Verhaftungen. Verhindern



2



3

Abb. 2
Foto: MfS BV Dresden Abt. XX Nr. 10055 S. 8

Abb. 3
Foto: Archiv Bundesstiftung Aufarbeitung,
Fotobestand Klaus Mehner, Bild 89 0507 POL
Wahlen 13

konnten sie die Aktionen in der Regel nicht. Schon fast machtlos mussten sie auch die Rücksendung von Wahlbenachrichtigungskarten und damit die Ankündigung der Wahlverweigerung hinnehmen und – aus Sicht der Stasi noch schwerer wog – die schwindende Bereitschaft der bisher „zuverlässigen“ Wahlvorstände, sich an der Manipulation der Wahlen zu beteiligen, feststellen. So fragten sich Mitglieder des Wahlvorstandes des Wahlbezirkes Leipzig-Süd, ob man sich angesichts der angespannten politischen Situation und im Hinblick auf den sich im Ostblock abzeichnenden politischen Wandel den mit einer Wahlfälschung einhergehenden „Prestigeverlust“ gegenüber der Bevölkerung wirklich „leisten“ könne. Der Wahlvorstand in Lengefeld (Erzgebirge) erklärte, dass er die Streichung potenzieller Nichtwähler von den Wählerlisten nicht mehr tolerieren werde, da das Wahlgesetz der DDR eine solche Manipulation verbiete.

Die Streichung potenzieller Nichtwähler war nur eine Methode der nicht zum ersten Mal praktizierten Wahlfälschung. Eine andere war die Meldung falscher Ergebnisse: die Zahl der Ja-Stimmen wurde höher angegeben, die der Gegenstimmen deutlich niedriger. Verhindern würde man eine solche Wahlfälschung auch im Mai 1989 nicht, das war den verschiedenen oppositionellen Gruppen durchaus bewusst – dokumentieren konnte man sie aber, sah doch das Wahlgesetz der DDR die öffentliche Auszählung der Stimmen vor.

Am 7. Mai 1989 öffneten um 8.00 Uhr die Wahllokale ihre Türen. Die Wähler erhielten einen Stimmzettel, mit der Liste der Kandidaten der Nationalen Front. Kein Kreuz war nötig, da die Auswahl einzelner Kandidaten nicht vorgesehen war. Der Wahlzettel musste lediglich gefaltet und in die Wahlurne geworfen werden. Für eine Gegenstimme war der Aufwand höher: Hierfür musste jeder einzelne Kandidat gestrichen werden. Ungültig wurde eine Stimme, wenn der Stimmzettel Vermerke enthielt oder zerrissen wurde. Allerdings war kaum einem Wähler diese Regelung bekannt. Die Wahlvorstände, darunter auch Mitarbeiter des MfS, registrierten dabei genau, welche Bürgerinnen und Bürger Streichungen vornahmen. Durch die Benutzung der Wahlkabine war es zwar möglich, sich diesen Blicken zu entziehen, allerdings machte allein diese Benutzung „verdächtig“.

Am Ende des Wahltages begann um 18.00 Uhr die Stimmauszählung. In fast allen Wahllokalen des Stadtbezirks Leipzig-Mitte, in etwa der Hälfte der Wahllokale Dresdens, in diversen Wahllokalen von Karl-Marx-Stadt sowie in vielen anderen sächsischen Städten und Gemeinden kam es zum Showdown: Politisch engagierte Bürgerinnen und Bürger überwachten und dokumentierten die Stimmauszählung, und die Stasi konnte dem lediglich mit der Erfassung und Beobachtung der Beteiligten entgegentreten.

Die reale Wahlbeteiligung und die Zahl der Ja-Stimmen blieben weit hinter den obligatorischen 99 Prozent zurück. Die später verkündeten Ergebnisse spiegelten dieses Wahldesaster jedoch nicht wider. Die Bekanntgabe eines offensichtlich falschen Wahlergebnisses provozierte

den Vorwurf der Wahlmanipulation, der durch die unabhängigen Auszählungsergebnisse untermauert wurde. Es mehrten sich Protestschreiben, in denen der Wahlbetrug offen angeprangert wurde. An eine Beruhigung der Lage war nicht zu denken – der am gefälschten Wahlergebnis entzündete Protest mündete in immer weitere Protestaktionen, denen der SED-Staat und dessen „Schild und Schwert“, die Stasi, immer hilfloser gegenüberstanden. Sie kulminierten schließlich in den Ereignissen des Herbstes 1989, die das Ende der DDR einleiteten.

Die Wahlmanipulation im Mai 1989 blieb im Blick der Öffentlichkeit: Sie war in den 1990er Jahren Gegenstand mehrerer Verfahren, die u. a. gegen den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden Hans Modrow oder den ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister Bernd Seidel angestrengt wurden.

Die vorliegende Broschüre dokumentiert anhand ausgewählter Schriftstücke der Stasi-Unterlagen-Behörde dieses Ereignis, das sich nunmehr bereits zum 25. Mal jährt. Die gezeigten Dokumente sollen die Rolle des Staatssicherheitsdienstes in den ehemaligen sächsischen Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig während der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Kommunalwahlen im Mai 1989 beleuchten.

Im ersten Teil sind Unterlagen zusammengestellt, die die Aufgaben der Stasi und die Facetten, Formen und Akteure des Protests im Vorfeld der Wahlen zum Inhalt haben. Stimmungsberichte und Lageeinschätzungen vermitteln ein Bild von den gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen.

Im zweiten Teil sind Dokumente, die die Ereignisse am Wahltag wiedergeben, zu finden. Sie geben einen Einblick in den Ablauf der Wahlen und die Stimmauszählung.

Im dritten Teil sind Quellen abgedruckt, die die Ereignisse nach den Wahlen dokumentieren, z. B. den Protest gegen die Manipulation der Wahlen. Verschiedene Berichte zeigen, wie die Stasi diese „Maßnahmen feindlich negativer Kräfte“ registrierte und den Kreis der Nichtwähler analysierte.

Die Dokumente sollen verdeutlichen, dass freie und geheime Wahlen keineswegs eine Selbstverständlichkeit sind, sondern eine Errungenschaft mutiger Bürgerinnen und Bürger, die für das Recht auf freie Wahlen und demokratische Mitbestimmung eintraten. Mit diesem Mut, mit Entschlossenheit, Kraft und dem Willen zur Veränderung überwandten die Menschen im Herbst 1989 ein diktatorisches System, welches die Menschenrechte mit Füßen trat. Damit war der Weg geebnet für die ersten freien Wahlen im Jahr 1990.

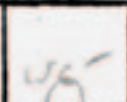




4

Abb. 4
Foto: Archiv Bundesstiftung Aufarbeitung,
Fotobestand Klaus Mehner, Bild 89 0507 POL
Wahlen 05

Dokumentensammlung

Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leiter	Dresden, 26. Januar 1989 XX/SF/gu-bo 1341 881 89	BSTU 0001
---	---	----------------------------

310 / Dr. 8	55-
31. JAN. 89	
Tgb. Nr. 222	
Weiter an:	

20 22

Aktivitäten gesellschaftsfeindlicher Kräfte gegen die Kommunalwahlen 1989

In Vorbereitung der am 7. Mai 1989 stattfindenden Kommunalwahlen gibt es bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt Aktivitäten gegnerischer Kräfte, die mittels schriftlicher staatsfeindlicher Hetze, gegen die Wahlen 1989 in Erscheinung treten.


Auffällige Begehungsweise sind das Anbringen und die Verteilung handschriftlich und maschinenschriftlich angefertigter Flugblätter mit gesellschaftsfeindlichen Textinhalten gegen die Wahl.

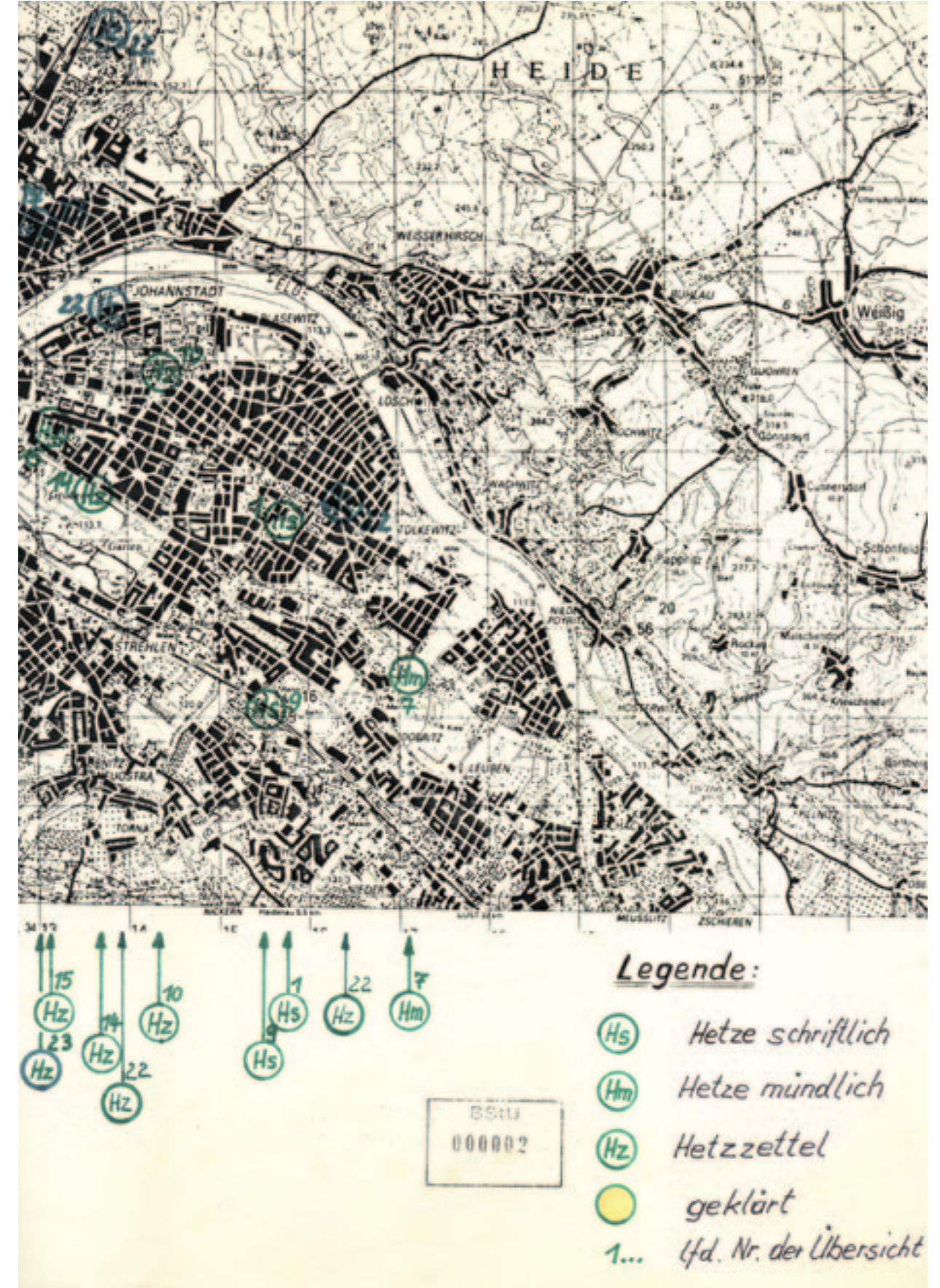
Es gab Vorkommisse in den Verantwortungsbereichen der KD Dresden-Stadt, KD Dresden-Land und KD Zittau.

Am 24. Januar 1989 wurden im Stadtgebiet Dresden (Maxstraße, Julian-Grünau-Allee) die als Anlage beigefügten maschinenschriftlich gefertigten Hetzettel in Hausbriefkästen verteilt.

Es sind durch Sie in Ihrem Verantwortungsbereich Maßnahmen zur verstärkten Wachsamkeit einzuleiten, damit derartigen gesellschaftsfeindlichen Aktivitäten vorbereitet entgegengewirkt werden kann. Außerdem sind in Ihrer Dienst Einheit konkrete Festlegungen hinsichtlich des Vorbereitungs zur schnellen Bekämpfung solcher Vorkommisse zu treffen.

Bei erneuten Vorkommnissen haben Sie mich sofort zu informieren. Zur Einleitung entsprechender Koordinierungsaufgaben haben Sie sich unverzüglich mit dem Leiter der Abteilung XX in Verbindung zu setzen.

<u>Anlage</u> f.d.R. Leiter der Abt. BdL  Giesold Oberstleutnant	gez. Böhm Generalmajor
--	---------------------------



BSTU
0002

Bürger der Oetzone, wach endlich auf!
Berlin wird vollgestopft mit Waren,
die man uns in der Provinz entzieht.
Man verbietet uns Reisen in die
schönsten Länder Europas!
Alles, was dieser Diktatur nicht in
den Kram paßt, wird totgeschwiegen!
Wir werden behandelt wie unmündige
Kinder! Wie lange wollen wir uns
noch einsperren lassen ???

Die Betrugswahlen schreien z. Himmel!
Presse- und Meinungsfreiheit gibt
es nicht!

Normale Ware verschwindet mehr und
mehr in die Wucherbuden!
Die Wucherpreise steigen unaufhörlich
Fort mit dieser selbstherrlichen
Diktatur!!!
Fordert freie und geheime Wahlen!

Bürger der Oetzone, wach endlich auf!
Berlin wird vollgestopft mit Waren,
die man uns in der Provinz entzieht!
Man verbietet uns Reisen in die
schönsten Länder Europas!
Alles, was dieser Diktatur nicht in
den Kram paßt, wird totgeschwiegen!
Wir werden behandelt wie unmündige
Kinder! Wie lange wollen wir uns
noch einsperren lassen ???

Die Betrugswahlen schreien zum Himmel!
Presse- und Meinungsfreiheit gibt
es nicht!

Normale Waren verschwinden mehr
und mehr in die Wucherbuden!
Die Wucherpreise steigen unaufhörlich
Fort mit dieser selbstherrlichen
Diktatur!!!

Fordert freie und geheime Wahlen!
Fürchtet Euch nicht vor diesem
Verbrecherpack!!!

72 04 89 13721B
BV für Staatssicherheit Leipzig
Abteilung VII

Leipzig, 13. April 1989
VII/AI/Maa/Hä

BSTU
0001

B e r i c h t
Über den Stand der Vorbereitung der Aktion "Symbol 89" im
Verantwortungsbereich der Abteilung VII

Zu 1.:

Ergebnisse und Wirksamkeit der Sicherung der Vorbereitung und
Durchführung der Kommunalwahlen

Durch die BDVP Leipzig ist entsprechend des Befehls Nr. 051/85
des MdI, der 1. OA zum Befehl Nr. 0129/88 des MdI sowie der
präzisierenden Festlegungen des Chefs der BDVP in Vorbereitung
und Durchführung der Kommunalwahlen 1989 sowie des 1. und des
8. Mai 1989 im Bezirk eine hohe öffentliche Ordnung und Sicherheit
zu gewährleisten.

Das Hauptaugenmerk der politisch-operativen Arbeit der Abteilung VII
wird gemäß Maßnahmenplan des Leiters der Abteilung VII vom
28. 03. 1989 auf

- Maßnahmen des POZW mit der BDVP Leipzig,
- die Lösung politisch-operativer Aufgaben der Abteilung VII,
- die Lösung der Aufgaben der Informationsordnung Nr. 5/89 des
Leiters der operativen Aktion "Symbol 89"

gerichtet.

Im Rahmen des POZW mit der BDVP wurden bis zum 07. 04. 1989 folgende
Absprachen geführt:

- Stellv. Chef BDVP F/SV
Grundsätzliche Abstimmung der sich aus den Befehlen 0129/88
und 051/85 des MdI ergebenden Aufgaben.
- Stab BDVP in Verbindung mit Feuerwehr und Schutzpolizei
Absprache der Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit
der Herstellung, des Transportes und der Aufbewahrung der
Wahldokumente.

Die Brandschutzkontrollen in Objekten, in denen Wahlunter-
lagen gedruckt oder gelagert werden, wurden bis zum 04. 04. 1989
abgeschlossen.

Für die Zeiträume der Transporte am 04. 04. 1989 sowie
05. 05. 1989 bis 08. 05. 1989 wurden konkrete Festlegungen so-
wohl zur Organisation der Transporte als auch zur verstärkten

2

Oberwachung der Transportwege durch operative Kräfte der Deutschen Volkspolizei getroffen. Die Transporte am 04. 04. 1989 wurden durch FStW der VK der BDVP begleitet.

Die Maßnahmen zur Gewährleistung der Vor-, Haupt- und Nachsicherung der Sonderwahllokale und Wahllokale durch die Kräfte der VPKK/VPA laufen in deren Verantwortung und werden durch die BDVP kontrolliert.

- Leiter Paß- und Meldewesen

BSTU
0002

Absprache zum Stand der Vorbereitung und Herstellung der Wählerlisten. Am Wahltag erfolgt der Einsatz eines Offiziers PM im Bezirkswahlbüro.

- Mit dem Leiter Kriminalpolizei der BDVP sowie dem Stellvertreter U des K-Leiters erfolgten Absprachen mit dem Ziel der Einflußnahme auf die Gewährleistung insbesondere der wirksamen volkspolizeilichen Personenkontrolle gemäß DV 031/80 und zur Gewährleistung

- . des Zusammenwirkens mit den jeweils zuständigen Diensteinheiten des MfS,
- . der jederzeitigen Auskunftsbereitschaft der K.

- Mit dem Leiter des Dezernates I der BDVP erfolgte eine Absprache der Aufgaben des AG I der K im Bezirk anlässlich der bevorstehenden gesellschaftlichen Höhepunkte, insbesondere der - in engem Zusammenwirken/nach konkreter Abstimmung mit den Diensteinheiten des MfS - gemäß 3. OB und Befehl 0023/80 mit kriminalpolizeilich-operativen Mitteln zu gewährleistenden Kontrolle von Personen und des Informationsflusses zu den Diensteinheiten des MfS.

- Mit dem Leiter der Abteilung Strafvollzug der BDVP erfolgte Absprachen betreffen die abstrichlose Durchsetzung der Aufgabenstellung des Leiters der VSV vom 08. 02. 1989, besonders zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung in den Strafvollzugseinrichtungen im Bezirk Leipzig.

Durch die Sicherheitskontrolle des Stellv. des Chefs F/SV der BDVP vom 28. 02. - 10. 03. 1989 sowie eine unangekündigte Sicherheitskontrolle am 31. 03. 1989 in der StVE Leipzig und ihren StVAbteilungen sowie der UHA wurde festgestellt, daß

- . der ständige bewaffnete Schutz der StVE, StVAbteilungen und UHA gewährleistet ist,
- . die Sicherheit im Transportdienst von und zu AAK, innerhalb der StVE sowie Vorführungen von VH/SG zu Gerichten und zum staatlichen Gesundheitswesen gleichfalls gewährleistet ist.

- Für die Abteilung XX erfolgte die Überprüfung der für die Herstellung der Wahlzettel vorgesehenen Beschäftigten von Druckereien in der Kartei des Dezernates I der BDVP (Herauslösungen aus dieser Sicht wurden nicht erforderlich).

** und ihre StVAbteilungen*

3

Im Rahmen der Lösung politisch-operativer Aufgaben der Abteilung VII wurden bisher folgende geplante Maßnahmen realisiert:

- Mit den Kommandeuren und deren Stellvertretern für politische Arbeit der 5. und der 21. VP-Bereitschaft erfolgten erste wahlbezogene Absprachen mit dem Ziel der Einflußnahme auf die Sicherung der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen in beiden VP-Bereitschaften.

BSTU
0003

Die vorgesehenen

. Mitglieder der Wahlbüros

. Mitglieder der Wahlvorstände

beider VP-Bereitschaften wurden abgestimmt.

In beiden VP-Bereitschaften kommen sowohl in den Wahlbüros als auch in den Wahlvorständen IM/GMS der Abteilung VII zum Einsatz.

Die endgültige Instruierung dieser IM/GMS durch die Abwehroffiziere ist bis zum 02. 05. 1989 abzuschließen.

Besonders auf die VP-Bereitschaften zutreffend, wurde auf die Partner des Zusammenwirkens Einfluß genommen, daß am Wahltag kommandierten oder dienstlich unabhkömmlichen Angehörigen vor dem 07. 05. 1989 die Möglichkeit gegeben wird, durch Aufsuchen eines Sonderwahllokales von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

- Durch die Abwehroffiziere des Referates VII/8 für die StVE Leipzig sowie das Krankenhaus des SV Leipzig erfolgt der Einsatz ihrer IM/GMS zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung in diesen Einrichtungen. Die jeweils zuständigen Abwehroffiziere nehmen an den Sicherheitsbegehungen/Kontrollen in ihren Objekten teil. Bisher wurden keine bedeutsamen Mängel festgestellt.

Zu 2. bis 6.:

Der Abteilung VII liegen bisher keine den Fragestellungen entsprechenden Hinweise vor.

Aus den Sicherungsbereichen der Abteilung VII wurden bisher keine Hinweise auf beabsichtigte Nichtteilnahme an den Wahlen bzw. deren Störung bekannt.

Anhang: Kriminalpolizeiliche Lage (Statistik)

Leiter der Abteilung

Schulze
Schulze
Oberstleutnant

Zentraler Operativstab
Leiter

Berlin, 19. April 1989

BSIU
000009

Stellvertreter des Ministers
Genossen Generaloberst Mittig

Politisch-operativ bedeutsame Handlungen, Vorkommnisse und
Erscheinungen im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen am
7. 5. 1989 (Stand: 19. 4. 1989, 08.00 Uhr)

Dem ZOS wurden 39 politisch-operativ bedeutsame Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989 gemeldet. Bei den Kommunalwahlen 1984 waren es zum gleichen Zeitpunkt 35 Vorkommnisse. Die Tendenz der Vorkommnisentwicklung 1989 ist etwa ab Anfang April in ihrer zeitlichen Häufung zunehmend, was 1984 ebenfalls feststellbar war, wenn auch nicht im gleichen Umfang.

Die 39 Vorkommnisse im Jahr 1989 wurden aus insgesamt 11 Bezirken gemeldet, wobei eine besonders hohe Häufigkeit im Bezirk Karl-Marx-Stadt mit 10 Vorkommnissen (1984: 1) sowie in der Hauptstadt der DDR, Berlin, mit 9 Vorkommnissen (1984: 6) und im Bezirk Dresden mit 5 Vorkommnissen (1984: 2) zu verzeichnen ist. Zu beachten ist bzw. sind ein bzw. mehrere überregional handelnde Täter, die in der Zeit vom 13. 3. bis 14. 4. 1989 in 4 Bezirken (Schwerin, Leipzig, Halle und Magdeburg) insgesamt 286 Hetzzettel verbreiteten (noch nicht geklärt).

Bisher wurden von den insgesamt 39 Vorkommnissen lediglich 7 geklärt (17,9 %), was gegenüber 1984 ein ungünstigeres Ergebnis ist.

Gegenüber 1984 ist in diesem Jahr das Verbreiten von Hetzzetteln deutlich angestiegen (1989: 18 Vorkommnisse, 1984: 8). Mit den Hetzzetteln, den angebrachten Hetzlosungen sowie anonymen/pseudonymen Briefen und Telefonanrufen werden vor allem die führende Rolle der SED, der sozialistische Charakter der Staats- und Gesellschaftsordnung, die sozialistische Demokratie und das Wahlverfahren angegriffen. Hierin ordnen sich "Aufrufe" zum Wahlboykott sowie die Nutzung von Versorgungs- und kommunalen Problemen, das Verbreiten der feindlichen Menschenrechtsdemagogie, das Anknüpfen an Umweltschutzproblemen und an neofaschistisches Gedankengut ein.

Sommer
Oberst

Stand: 12. 4. 1989

Zentraler Operativstab

BSIU
010000

O b e r s i c h t
zu Vorkommnissen im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989
(ab 1. 1. 1989)

<div style="border: 1px solid black; padding: 2px; width: fit-content;">BSIU 000011</div> <p>24. 1. 1989 ZKG Rapport Nr. 21/89</p> <p>OV Dresden [redacted]</p>	<p><u>Festnahme des Bürgers [redacted], [redacted] (24) wegen Anfertigen und Verbreiten von verächtlich machenden Schriften gegen die staatliche Ordnung in der DDR.</u></p> <p><u>Text:</u> "Weg mit dem Roten Staat, Wir wollen Demokratie, wählt keine Roten!"</p> <p><u>Tatmittel:</u> lilafarbener Faserschreiber</p> <p>Versenden eines pseudonymen Briefes mit hetzerischem Inhalt an die Kreisleitung der SED Zwickau-Stadt.</p> <p>Der Briefschreiber richtete seine hetzerischen Äußerungen insbesondere gegen den Wahlaufauf der Nationalen Front, die SED, die Grenzicherungsanlagen der DDR, den Reiseverkehr u. a.</p> <p><u>Tatmittel:</u> Schreibmaschine</p> <p>Verbreiten von Handzetteln (Größe 11 cm x 8,5 cm) mit einem Aufruf zum Wahlboykott an verschiedenen Orten im Stadtgebiet von Neubrandenburg.</p> <p><u>Text:</u> "Wahlaufauf Sind sie unzufrieden mit: der Versorgung von Wohnungen, Möbeln, Kraftfahrzeugen, Industriewaren, Süßfrüchten? Dem Lohngefüge? Dann gehen sie nicht zur Wahl. Unser Ziel: Wahlbeteiligung 50 Prozent. Bund unzufriedener Bürger (BuB)</p> <p>Weitergeben"</p> <p><u>Tatmittel:</u> Computerdruck</p>
---	---

<div style="border: 1px solid black; padding: 2px; width: fit-content;">BSIU 000012</div> <p>19. 2. 1989 Berlin- Prenzlauer Berg Ifo. 105/89</p>	<p><u>Auffinden von Hetzzetteln (Größe 5,5 x 9,5 cm) im Stadtgebiet von Berlin-Prenzlauer Berg.</u></p> <p><u>Text:</u> "Demokratie! Menschenrechte = 0 Wahlfarce - Betrug Darum am 7. 5. 1989 - Nein!"</p> <p><u>Tatmittel:</u> Kinderstempelkasten</p>
<p>27. 2. 1989 Pirna/ Dresden Ifo. 211/89</p>	<p><u>Anbringen von Losungen (Druckbuchstaben, Größe 1 cm bis 1,5 cm) mit Aufrufen zum Wahlboykott im Toilettenraum der KOM-Reparaturwerkstatt des VEB Kraftverkehr Pirna in Pirna.</u></p> <p><u>Text:</u> "Landsleute zeigt den roten Faschisten die Faust! Nehmt die Wahlbenachrichtigungen gar nicht erst an! Deutschland erwache! Nieder mit dem Diktator! Wir wollen freie und demokratische Wahlen!"</p> <p><u>Tatmittel:</u> Kugelschreiber</p> <p>Täterermittlung von 28. 2. 1989: [redacted], [redacted] (23), Betriebsbehandler</p>

30. 3. 1989
Karl-Marx-
Stadt
Ifo. 324/89

Verbreiten von 128 Hetzzetteln (Größe 10 cm x 15 cm) in 9 verschiedenen Straßen von Karl-Marx-Stadt, welche in den Hausbriefkästen gefunden wurden.

Text:

Er richtet sich gegen die Wahlen, die Versorgungslage, die Presse, die Reisemöglichkeiten und die Menschenrechte in der DDR.

Tatmittel: EDV-Drucker

31. 3. 1989
Neubranden-
burg
Ifo. 329/89

Anbringen von zwei Losungen an einer Werkstattür einer LPG-Schlosserei

Texte:

"Wer am 7. Mai wählen geht rechtfertigt diese Politik. Sagt nein zur Wahl, 40 Jahre reichen aus."

"An alle, sagt ja zu Gorbi, Meinungsfreiheit - gibt es die?"

Tatmittel: Kreide

1. 4. 1989
Beierfeld/
Schwarzen-
berg/
K.-M.-Stadt
Ifo. 334/89

Ablegen und Anbringen von Schriftstücken (Größe A4, Schreibmaschine) in einer Straße in Beierfeld.

Text:

Der Inhalt richtet sich gegen die Art und die Durchführung der Kommunalwahlen in der DDR

Der Text ist unterschrieben mit Initiativgruppe "Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung" und trägt 11 Namen.

Tatmittel: Schreibmaschine

Täterermittlung v. 31.3.89
[REDACTED] (22)
Schlosser

5. 4. 1989
Leipzig
Ifo. 351/89

Ankleben von 107 Hetzzetteln (Größe 10 cm x 7 cm) an Türen, Schaufensterscheiben, Bäumen und Pkw im Stadtgebiet von Leipzig.

Text:

"Stell Dir vor, es ist Wahl, und keiner geht hin"
"Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden, R. Luxemburg"

Tatmittel: gummiertes Papier in den Farben Gelb und Pink, Stempelabdruckverfahren

In Schwerin wurden am 15. 3. 1989 in gleicher Art hergestellte Hetzblätter durch Ankleben und mit ähnlichen Texten verbreitet (Ifo. 254/89).

Am 13. 3. 1989 sind in Stendal/Magdeburg 4 Zettel mit dem Text: "Stell Dir vor, es ist Wahl, und keiner geht hin" festgestellt worden (Sachverhalt wurde auf Nachfrage mitgeteilt: eine schriftliche Meldung liegt dem ZOS nicht vor).

5. 4. 1989
Dresden
Ifo. 352/89

Ablegen von 50 Hetzzetteln (Größe 15 cm x 3 cm) in Hausbriefkästen der Häuser zweier Straßen in Dresden.

Text:

"Jeder hat das Recht, die Wahlkabine zu benutzen. Gegenstimme - alle Kandidaten durchstreichen, nicht wählen ist keine Gegenstimme"

AG Freiheit und Menschenrechte"

Tatmittel: weißes Papier, Schreibmaschine

BSIU
000017

12. 4. 1989
Grumbach/
Annaberg/
K.-M.-Stadt
Ifo. 385/89

Anbringen von insgesamt 3 Schmierereien (Buchstabengröße 15 cm bis 20 cm, Höhe vom Erdboden bis 1,75) an zwei Blechturen sowie an einer Palette mit Werkzeugen im VEB Leichtmetallgießerei Grumbach.

Texte: "Schönster Ort vor den Wahlen am 7. Mai"
"Für eine schöne Umwelt. Sauhaufen"
"Volksvertreter Ha O. Sauhaufen"

Tatmittel: Kreide

12. 4. 1989
Aue/
K.-M.-Stadt
Ifo. 386/89

Anbringen einer Schmiererei (Länge ca. 40 cm, Buchstabengröße 1 cm) an der Wand einer Toilette im Bergbaubetrieb Aue der SDAG Wismut.

Text: "7. Mai. Aufruf!
Geht nicht zur Wahl!"

Tatmittel: blaue Farbsubstanz (vermutlich Kugelschreiber)

12. 4. 1989
Pasewalk/
Neubrandenburg
Ifo. 384/89

Ablegen von 2 bedruckten Handzetteln in einem Aufenthaltsraum des VEB Großbäckerei Pasewalk.

Texte u.a.: "Obwohl in der DDR alle Arbeit haben, arbeitet nur die Hälfte."
"Obwohl die Pläne immer erfüllt sind, gibt es nichts zu kaufen."
"Obwohl alle meckern, wählen 99,9 % die Kandidaten der DDR."

Tatmittel: ohne weitere Angaben

000024

17. 4. 1989
Karl-Marx-
Stadt
CFS 970

Eingehen einer Briefsendung bei der KD des MfS am 17. 4. 1989 mit den Wahlbenachrichtigungskarten.

Text: Leiter der KD Zwickau

"Wir bedauern Ihnen mitteilen zu müssen, daß jeder Einzelne von uns, auf Grund der hier herrschenden Zustände und Verdummungstaktiken, es nicht mit unseren Gewissen vereinbaren können unsere Stimme wiederum den Kandidaten zu geben."

Hochachtungsvoll gez. [redacted]
gez. [redacted]
gez. [redacted]

17. 4. 1989
Annaberg-
Buchholz/
Karl-Marx-
Stadt
Ifo. 407/89

Besprühen eines Wahlplakates (Größe 1,25 m x 2,50 m, in der Erde verankerter Aufsteller) am Ortseingang von Annaberg-Buchholz (rechte Seite der F 101 aus Richtung Schlettau).

Text: "7. Mai - Wahlen" (das Wort Wahlen war durchkreuzt)

"Stimmt für die Kandidaten der Nationalen Front" (das Wort "nicht" und ein Ausrufezeichen waren darauf gesprüht)

Tatmittel: roter Farbspray

[redacted] (39)
LKW-Fahrer

[redacted] (37)
nicht berufstätig

[redacted] (20)
Kraftfahrer

BSIU
000028

22. 4. 1989
Karl-Marx-
Stadt
Ifo. 437/89

Auffinden von 16 Hetzetteln (Größe 9 cm x 12 cm x 21 cm) deren Inhalt sich gegen die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 richtet, im Stadtgebiet von Karl-Marx-Stadt. Die Zettel wurden vorwiegend in Buswartehallen gefunden.

Tatmittel: Thermokopien in Schreibmaschinenschrift

22. 4. 1989
Annaberg-
Buchholz/
Karl-Marx-
Stadt
Ifo. 433/89

Beschnüren des Kalenderblattes (Buchstabengröße ca. 3 cm) 7. Mai aus einer Zeitung und Aufkleben auf ein Wahlplakat an einer Litfaßsäule in Annaberg-Buchholz.

Text: "No"

Tatmittel: roter Faserschreiber

22. 4. 1989
Leipzig
Ifo. 438/89

Anbringen von Schmierereien (Druckbuchstaben, Buchstabengröße ca. 5 bis 20 cm), deren Inhalt gegen die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 gerichtet ist, im Metall-Leichtbau-Kombinat Leipzig. Die Schmierereien waren an der Wand, an Garderobenschränken und Toiletentüren angebracht.

Tatmittel: Kreide

24. 4. 1989
Berlin-Treptow
Ifo. 445/89

Anbringen einer gegen die Wahlen gerichteten Erklärung in einem S-Bahn-Wagen der Strecke Berlin-Schönefeld - Flughafen Berlin-Schönefeld in Berlin-Treptow. Unter einer Plexiglasscheibe für Sichtgitation wurde ein Schriftstück (Größe A4) festgestellt. Der Inhalt des Schreibens richtet sich als Erklärung gegen die Wahldurchführung in der DDR und ist mit den Namen von 48 Personen versehen, die nicht zur Wahl gehen wollen. Diese Erklärung soll bereits im ZDF gesendet worden sein.

1. 5. 1989
Annaberg-
Buchholz/
Karl-Marx-
Stadt
Ifo. 488/89

Beschnüren und Bekleben von Wahlplakaten an insgesamt 7 verschiedenen Tatorten im Stadtgebiet von Annaberg-Buchholz.

Text:

"Nicht" (Größe 11 cm bis 20 cm)

"No" (Größe 9 cm bis 12 cm)

"No" auf ein symbolisches Kalenderblatt geschmiert (Größe 2,4 cm bis 3,5 cm)

Bearbeitung: K des VP/KA Annaberg

1. 5. 1989
Leipzig
Ifo. 480/89

Abreißen von Wahlplakaten zum 7. Mai 1989 und Demonstrationenaufrufen zum 1. Mai 1989 von Litfaßsäulen durch sechs Bürger der DDR in Leipzig.

Bearbeitung: K des VP/KA Leipzig

7. 10. 88

[redacted] (18)
 Entgräter
 [redacted] (17)
 Lehrling
 [redacted] (19)
 Fleischer
 [redacted] (16)
 Lehrling
 [redacted] (17)
 Lehrling
 [redacted] (17)

LAGE AUSGEWERT.

OBS ✓

kd.

BSU
000295

21.04.89

KD Marienberg

Aktennotiz zum mündlichen Bericht des IMB "Sergej Seltmann"

Der Vater des IM ist schon seit Jahren bei Volkswahlen im Wahlvorstand tätig und nimmt seine Aufgaben sehr ernst. Kürzlich erwähnte er gegenüber dem IM, daß es sein kann, daß er zur diesjährigen Wahl das letzte mal mitmache. Schon zu mehreren Wahlen, aber insbesondere zur Letzten, habe er immer wieder Wahlbetrug in Form der Streichung potentieller Nichtwähler vor der Wahl festgestellt, der vom Wahlvorstandsvorsitzenden angewiesen wurde. Sei dann aber dennoch einer dieser angebl. Nichtwähler erschienen, habe man im Wahlvorstand Lengefeld alle so angewiesen, als ob nichts besonderes sei. In der Statistik würde das dann unerheblich sein. Weil er sich damit nicht zufrieden gegeben habe, verfaßte der Vater des IM eine Eingabe an Egon Krenz mit der Bitte um Überprüfung. Er glaube nämlich, daß die Anweisung zur Manipulierung vom Bürgermeister aus Lengefeld komme. Im April fand dann mit einem Gen. aus Berlin, dem Bezirkswahlvorsitzenden und dem Vater des IM ein sachliches Gespräch statt, in welchem ihm bestätigt wurde, daß es laut Wahlordnung keine Manipulierung geben dürfe.

In einer konstituierenden Sitzung des Wahlvorstandes Lengefeld habe dann der Vater des IM mitgeteilt, daß er "diesmal eine erneute Manipulierung nicht zulasse und bei Feststellung solcher Aktivitäten das Wahllokal unter Aufsicht verlassen wolle".

Anmerkung
Beim Vater des IM handelt es sich um einen guten Arbeiter mit einer fortschrittlichen politischen Grundeinstellung. Er ist parteilos und kirchlich nicht gebunden.

LKD ZK.
AK 111-A / AI ZK. für LE

Hollmann
Hauptmann

Lengefeld
PH.

LPG E. Thätmann

Hauptabteilung XX

Berlin, 29. 4. 1989

BSU
000019

INFORMATION
zur Aktion "Symbol 89"

In der Abteilung Eingaben der Dienststelle des Staatsrates der DDR sind im Zeitraum vom 21. 4. bis 28. 4. 1989 insgesamt

782 Eingaben mit Wahlbezug davon
367 Eingaben mit Ankündigung der Nichtteilnahme an der Wahl eingegangen.

130 Bürger sandten in ihren Schreiben die Wahlbenachrichtigungskarten an die Dienststelle des Staatsrates als äußeres Zeichen ihrer Wahlverweigerung. Inhaltlich beziehen sich die Schreiber nach wie vor auf

- Probleme der Genehmigung von Übersiedlungen in das NSW und Reisen in dringenden familiären Angelegenheiten
- Fragen zu kommunalen Angelegenheiten, dabei vorrangig zu Wohnungsproblemen, Dienstleistungen, Versorgung mit Konsumgütern, Verkehrs- und Straßenwesen sowie Telefonanschlüsse.

Anteil der Bezirke am Eingabegeschehen in der Dienststelle des Staatsrates:

	Anzahl	Nichtteilnahme	Wahlberechtigungs-karte
Berlin	123	58	28
Cottbus	31	11	1
Dresden	115	57	25
Erfurt	60	35	0
Frankfurt/Oder	35	13	7
Gera	32	27	7
Halle	73	34	6
Karl-Marx-Stadt	77	34	16
Leipzig	42	23	20
Magdeburg	54	29	8
Neubrandenburg	25	23	2
Potsdam	47	14	2
Rostock	36	12	1
Schwerin	16	8	2
Suhl	16	9	5
Gesamt	782	367	130

Im gleichen Zeitraum wurden an die zentralen wahlleitenden Organe insgesamt 39 Eingaben mit Anfragen zu wahlrechtlichen und wahlorganisatorischen Fragen bzw. Beschwerden über Verletzungen des Öffentlichkeitsprinzips bei der Durchführung von Wahlveranstaltungen gerichtet. Diese Schreiben wurden zur weiteren Klärung an die territorialen wahlleitenden Organe gesandt.

Arbeitsgruppe XXII

Leipzig, den 5. 5. 89

BSTU
0034Aktion "Symbol 89"Ausgangslage:

Durch westliche Massenmedien wurde anlässlich der Kommunalwahlen am 7. Mai aufgerufen, den Wahlablauf zu stören und öffentlich zu bekunden, daß eine allgemeine Ablehnung zur Wahl besteht. Durch feindliche Kräfte im Innern der DDR wurden in Hausbriefkästen der Innenstadt Leipzig Flugblätter verteilt. Es wurde zu einer "Antiwahl-Veranstaltung" am 7. Mai, 18.00 auf dem Marktplatz Leipzig aufgerufen. Die Bevölkerung solle als Zeichen ihrer Unzufriedenheit einen weißen Zettel hochhalten, welcher u.a. auch symbolisieren soll, daß man mit dem Wahlausgang nicht einverstanden ist. Des weiteren soll als Ablehnungssymbol eine Wahlurne verbrannt werden.

Ähnliche Hinweise liegen vor zu einer Veranstaltung um 14.00 h des gleichen Tages. (Völk + Schillich 10.05.89)

Polit.-op. Maßnahmen:

Mit der Zielstellung - vorbeugende Verhinderung und unbedingte Unterbindung der geplanten Provokationen - werden schwerpunktmäßig folgende Maßnahmen realisiert:

- Aufklärung und Kontrolle bekannter Kräfte der PUT / Antragsteller durch Abt. XX und BKG in Zusammenarbeit mit Fachabteilungen
- Einsatz aller verfügbarer Mitarbeiter der BV vor Ort sowie Zuführung von Verstärkungen, hauptsächlich aus dem Bereich der HA XXII
- Einsatz gesellschaftlicher Kräfte und Durchführung einer organisierten Gegenmaßnahme (Volksfest)

Es wurde angewiesen:

- Für alle Mitarbeiter der BV ist am 7. 5., ab 8.00 h Dienst, Dienstende wird gesondert bekanntgegeben.
- Am 6.05. ist Dienst entsprechend Erfordernis.

Eigene Maßnahmen:

- Recherchemaßnahmen nach op. Materialien bzw. op. angefallenen Personen, welche entsprechend der Ausgangslage aktiv werden könnten.
- Einsatz der TSK vor Ort
- Realisierung von Maßnahmen der Unterstützung zentraler spezif. Kräfte.

2

Unterstützende Maßnahmen für zentrale spezif. Kräfte der HA XXII

Durch die HA XXII kommen 100 Genossen zu Einsatz - davon

10 Leitungs-/Führungskader	BSTU 0035
40 Spezialisten	
47 Einsatzkräfte	
3 op. Mitarbeiter	

Die Einsatzkräfte werden geführt durch

Stellv. des Leiters HA XXII, Gen. OSL Bützow
Abt.-Ltr. spez. Kräfte HA XXII, Gen. Oberst Rosenow
Verantw. Einsatzoffizier HA XXII, Gen. OSL Tischer

Geplante Einsatzdislozierung der spezif. Kräfte HA XXII:

40 Genossen Reserve
30 Genossen Abt. XX/Personenkontrolle
20 Genossen Abt. XX/Sicherungsaufgaben

Unterbringung/Verpflegung

Eintreffen der Kräfte am 6. 5., gegen 10,30 Autobahnabfahrt Merseburger Landstr., durch Kräfte AG XXII erfolgt Lotzung zum Objekt II

Mittagessen	11,30 Objekt II
Abendessen	17,00 BV

Verpflegung am 7. 5. ausschließlich BV

Die Unterbringung der Kräfte erfolgt geschlossen ab 6. 5., 18.00 im Hauptgebäude Sportforum, 1. Etg. In der 2. Etg. wurde ein Raum für Leitungskader geschaffen. (Verantw. OSL Günter, RD)

Telefonschaltung zum Sportforum ab 6. 5., 10.00
(Verantw. OSL Otto, N)

Weitere personelle und materielle Unterstützung

Beschaffung von KFZ-Kennzeichen des Bezirkes Leipzig über Abt. RD, Gen. Major Kühn, für

1 Ikarus-Bus
1 LO-Bus
6 B-1000
9 PKW-Lada

Bereitstellung erfolgt ab 6. 5., 10.00.

Gen. Hptm. Steinert, AG XXII, wird als Verbindungsoffizier zu den Kräften der HA XXII eingesetzt.

BSTU
0008

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Bezirksverwaltung Dresden

Gen. Modrow/Witteck

Streng vertraulich!
 Um Rückgabe wird gebeten!

Dresden, 05.05.89

7 Blatt

1 Exemplar

Nr. 144/89

INFORMATION
über

- Reaktionen unter der Bevölkerung des Bezirkes Dresden im Vorfeld der Kommunalwahlen am 7. 5. 1989

J. K.

Anlage

Die Information ist bitte innerhalb von 4 Wochen an den Absender zurückzusenden.

BSTU
0009
2

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Aus Diskussionen, Gesprächen und sonstigen Meinungsäußerungen großer Teile der Bevölkerung ist ersichtlich, daß das Stimmungsbild weitestgehend von den bevorstehenden Kommunalwahlen geprägt wird.

Verstärkt nehmen Werktätige in allen gesellschaftlichen Bereichen dieses Ereignis zum Anlaß, um Standpunkte und Haltungen zu Fragen der internationalen Lage sowie der kommunalpolitischen und ökonomischen Entwicklung in der DDR zum Ausdruck zu bringen.

In den bekanntgewordenen Reaktionen von Bürgern aus allen Schichten der Bevölkerung dominieren Standpunkte, in denen

- tiefes Vertrauen in die offensive und abgestimmte Friedenspolitik der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft gesetzt wird,
- auftretende Probleme in den Städten und Gemeinden sowie ökonomische Entwicklungstendenzen einer kritischen Wertung unterzogen werden,
- Interesse an der Umgestaltung in der UdSSR und Bedenken hinsichtlich der Entwicklung in der VR Polen und der Ungarischen Volksrepublik bekundet werden.

Dies widerspiegelte sich vor allem in den vielerorts geführten Wahlgesprächen.

Zugleich gibt es aus allen Kreisen Hinweise über ein zunehmendes Interesse der Bürger an den jeweiligen kommunalen Belangen im Territorium.

So diskutierten u. a. Arbeiter und Angestellte im VEB Flugzeugwerft Dresden sowie dem VEB Robotron Meßelektronik Dresden, daß in ihrem Umfeld ein gewachsenes Interesse der Bürger zur Teilnahme an den Wahlveranstaltungen gegenüber früheren Wahlen feststellbar gewesen sei. Auf viele Fragen der Wähler zur Kommunalpolitik würden jedoch keine befriedigenden Antworten gegeben. In dem Zusammenhang wurde zugleich eine angeblich fehlende öffentliche Bekanntgabe der Wählerversammlungen angesprochen.

Unter Angestellten und Studenten der Hochschule für Verkehrswesen Dresden traten Meinungen auf, daß die Durchführung von Wählerversammlungen mit eingeladenen Wählern im Widerspruch zu den im Wahlauftrag proklamierten demokratischen Charakter der Wahlen stehe und im Zusammenhang mit dem Vorhaben Reinstsiliziumwerk in Dresden-Gittersee als Maßnahme zur Verhinderung kritischer Auseinandersetzung gewertet werden müsse.

BSTU
0010

3

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Den Schwerpunkt der bekanntgewordenen und zum teil emotional betonten Reaktionen bilden nach wie vor Fragen unbewältigter oder anstehender kommunalpolitischer Aufgabenstellungen, insbesondere zu Wohnungsproblemen.

Werktätige in Schwerpunktbetrieben sowie Wohngebieten in Dresden werfen in Diskussionen und Gesprächen solche Fragen auf, wie

"Schaffen wir die Lösung des Wohnungsfrage als soziales Problem wirklich bis 1990?"

"Was wird aus unserer Altbausubstanz?"

"Warum verdreckt unsere Stadt immer mehr?"

Wahlhelfer im Stadtbezirk Dresden-Nord bringen zum Ausdruck, daß sich der bauliche Zustand der Gebäude seit der vergangenen Wahl erheblich verschlechtert habe. Aussprachen mit den Bürgern würden durch das Fehlen einer klaren Entwicklungskonzeption erschwert.

Beschäftigte der Hauptabteilung Werkstatt des Forschungsinstitutes "Manfred von Ardenne" Dresden sind der Meinung, daß durch die bevorstehenden Kommunalwahlen keine Lösung der territorialen Probleme Dresdens, wie Wohnrauminstandhaltung, Straßenwesen, Versorgung der Bevölkerung erreicht werde. Deshalb sei die Wahlhandlung lediglich ein Akt "staatsbürgerlicher Pflichten".

Ähnliche Reaktionen zur Bausubstanz wurden insbesondere auch aus Görlitz bekannt.

Unter den Einwohner der Stadt wird kritisch auf die nach ihren Meinungen ungenügenden Sanierungsarbeiten verwiesen. Dazu käme, daß die angegebenen Reparaturleistungen nicht den tatsächlichen entsprechen. Dem VEB Gebäudewirtschaft Görlitz wird in dieser Beziehung Unglaubwürdigkeit vorgeworfen.

Bezugnehmend auf vielfältige Wohnungsprobleme, aber auch verweisend auf den Ersatzteilmangel in ihrem Betrieb meinen Beschäftigte aus dem Bereich Fuhrpark im VEB Stahl- und Walzwerk Riesa, daß Veränderungen im Leitungsstil der jeweiligen Funktionäre notwendig seien. Stärker müsse kontrolliert und die Nichterfüllung von Aufgaben öffentlich ausgewertet werden.

Die vielfältigen Probleme in Städten und Gemeinden widerspiegeln sich auch in weiteren bekanntgewordenen Wahlvorbehalten (Dresden, Kreise Dippoldiswalde, Pirna, Görlitz, Zittau, Niesky, Bischofswerda).

BSTU
0011

4

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Schwerpunkte bilden insbesondere

- Vorbehalte wegen Problemen der Wohnungspolitik, Bausubstanz und Reparaturleistungen
- Unzufriedenheit mit Versorgungsleistungen
- Umweltbedingungen sowie Fragen der Wasserwirtschaft.

Beachtenswert erscheint die Entwicklung in der ab 1993 zur Aussiedlung vorgesehenen Gemeinde Klitten, Kreis Niesky. Nach den vorliegenden Hinweisen progressiv auftretender Bürger habe sich der Großteil der Wähler dahingehend geäußert, daß er der Wahl fernbleiben wolle.

Im Gegensatz zu den zahlreichen Aktivitäten gesellschaftlicher Mitwirkung stehen die aus Dresden und den Kreisen Niesky und Zittau vorliegenden Informationen über die äußerst geringe Beteiligung von Jung- und Erstwählern an speziellen Wählerforen.

Beispielsweise war in Dresden folgende Situation zu verzeichnen:

Wahlkreis 59	eingeladen	130	anwesend	2
Wahlkreis 68	"	90	"	7
Wahlkreis 65	"	120	"	2
Wahlkreis 66e	"	130	"	4
Wahlkreis 70	"	100	"	1

Eine Ursache dafür wird in der formalen Einladung der Jungerwachsenen gesehen.

So wurden z. B. im Wahlkreis 17 für das Jungwählerforum vom 12. 4. 1989, 19.00 Uhr, die Einladungen erst am 11. 4. 1989 bei der Deutschen Post (Poststempel) persönlich an die Jungwähler verschickt (siehe Anlage).

Darüber hinaus wird aber auch von sachkundigen Bürgern auf ein sich verbreitendes Desinteresse von Jung- und Erstwählern verwiesen (mehrere Gemeinden im Kreis Zittau).

In jüngster Zeit traten darüber hinaus Reaktionen in Erscheinung, in denen Vergleiche zu den Wahlen in der UdSSR, aber auch in kapitalistischen Staaten angestellt werden. So äußerten sich u. a. Lehrkräfte an der Pädagogischen Hochschule Dresden, Werk-tätige im VEB Stahl- und Walzwerk Riesa und VEB Görlitzer Maschinenbau dahingehend, daß bei den Wahlen in der UdSSR ein offener Meinungsstreit durchgeführt worden sei. Diese Offenheit könne nur empfohlen werden.

BSTU
0012

5

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Schüler einer 12. Klasse der EOS Görlitz vertraten die Auffassung, das Wahlsystem der UdSSR sei sehr demokratisch. Dies sollte auch bei uns Beachtung finden. Analoge Standpunkte traten ebenfalls unter Pädagogen im Kreis Bischofswerda sowie Beschäftigten im VEB Lausitzer Granit, Demitz-Thumitz auf.

Sehr differenziert sind die Reaktionen unter kirchlichen Amtsträgern.

Während katholische Amtsträger äußerst zurückhaltend in ihren Meinungsäußerungen sind, nutzen evangelische Amtsträger die Wahlvorbereitungen, um Vorbehalte und Unterstellungen zum demokratischen Charakter unserer Wahlen in ihrem Umgebungsfeld zum Ausdruck zu bringen. Der Beschluß der Synode der Landeskirche Sachsens findet in den Argumenten Verbreitung.

So vertritt beispielsweise Pfarrer [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], aus Riesa die Meinung, den Wahlen in der DDR fehle eine "gepflegte Opposition". Pfarrer [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], aus [REDACTED] und [REDACTED] sowie [REDACTED] sind der Auffassung, daß es sich bei den Kommunalwahlen nicht um eine freie Wahl, sondern nur um eine Bestätigung von Kandidaten handele.

Darüber hinaus werden von kirchlichen Amtsträgern zunehmend territoriale Probleme des Umweltschutzes benutzt, um den zuständigen staatlichen Organen Versäumnisse anzulasten.

Typisch dafür waren und sind die Reaktionen kirchlicher Amtsträger in Dresden im Zusammenhang mit dem Vorhaben Reinstsiliziumwerk (darüber wurde bereits aktuell informiert).

Trotz der vielfältigen staatlichen und gesellschaftlichen Aufklärungsmaßnahmen treten im direkten Umfeld dieses Vorhabens weiterhin unter den Bürgern Verunsicherungen und Angst über mögliche Havariefälle auf.

Unter der Mehrzahl der ausländischen Bürger halten die zustimmenden Reaktionen zum Kommunalwahlrecht an.

So haben die im VEB Reifenwerk Riesa beschäftigten Kubanischen Staatsbürger bereits von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht.

Im Kreis Dippoldiswalde lebende mocambiquische Bürger bringen zum Ausdruck, daß sie ihr Recht der Wahlteilnahme wahrnehmen wollen. Sie sind auch bereit in kommunalpolitischen Angelegenheiten mitzuwirken.

BSTU
0013

6

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Darüber hinaus gibt es unter polnischen Werktätigen im VEB Reifenwerk Heidenau sehr differenzierte Standpunkte. Ein erheblicher Teil dieser Bürger beabsichtigt unter der Argumentation, daß es eine freie Entscheidung sei, nicht an den Wahlen teilzunehmen.

Des weiteren beachtenswert im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen sind die gegenwärtig wieder zunehmende Reaktionen in der Mehrzahl der Kreise zu Fragen des Handels und der Versorgung. Diskutiert werden ein unkontinuierliches bzw. unzureichendes Angebot bei Obst und Gemüse, Bekleidung und Ersatzteilen für Kfz.

Im Kreis Kamenz kam es in mehreren Gemeinden erneut zu Problemen mit der Brotversorgung. Die Großbäckerei Pulsnitz soll mit ihrem überalterten Kfz-Park nicht in der Lage sein, alle Verkaufsstellen mit frischem Brot zu beliefern. Diese Erscheinung beeinflusst das Stimmungsbild zunehmend negativ. Für solche Mängel könne man kein Verständnis aufbringen.

Im Kreis Zittau trat unter Angestellten des Braunkohletagebaues Olbersdorf das Gerücht auf, in der unmittelbar an Zittau grenzenden Braunkohlengrube des Kraftwerkes Turov in der VR Polen werde Atomüll gelagert. Eine diesbezügliche Anfrage wurde auch an den BGL-Vorsitzenden des Tagebaues Olbersdorf gerichtet.

Über die wesentlichen Tendenzen der Reaktion der Bevölkerung in den Kreisen haben die Leiter der Kreisdienststellen die 1. Sekretäre der SED-Kreisleitungen informiert.

RV Karl-Marx-Stadt
Operativer Einsatzstab

Karl-Marx-Stadt, 7. 5. 1989

BSTU
0078

Am 7. 5. 1989, 7.15 Uhr, übermittelte der Genosse
Oberstleutnant WAGNER, KD KNSStadt/Stadt, folgende
Information:

Während der Auszählung der Stimmen am 6. 5. 1989
im Sonderwahllokal Karl-Marx-Stadt, Harthwald 3,
wurden in 4 Stimmzetteln aufgeklebte Hetzzettel
im Format A 6 mit handgedrucktem Text gefunden.

Text:

- Gegenstimme -

"Erst wenn jedem Bürger unserer DDR ein Hlick
in gleich welche Zeitung genügt, um Wahrheit
über uns zu finden, erst dann kann aus dem
Volk eine Kraft erwachsen, die Volksvertreter
zu wahrhaften Volksvertretern macht.
Niemand kann dann mehr widerspruchslos die
'Vorzüge des Sozialismus' für eine 'schöne'
Kaderakte mißbrauchen, sich hinter seinem
Posten verstecken, Schönfärbertum betreiben,
allgemeines zur Einzelpersone verniedlichen.
Die Zeit dummer Tabus hat dann ein Ende.
Alle werden 'Ausreisor' fragen 'warum?', werden
deren Antwort diskutieren, diskutieren für
besseres Erkennen unseres Seins, für Impulse
und Kraft, den richtigen Weg, für uns alle.
Erst dann läuft kein noch so sehr voller
Ideale steckender Abgeordneter mehr Gefahr,
einem Don Quichote zu gleichen.
So aber ist meine Stimme eine Gegenstimme,
muß eine Gegenstimme sein, weil ich für die
Sache bin. Und weil ich meine, daß uns 'Ja-
stimmen' nichts nützen, die nicht aus Ehrlichkeit,
sondern der Angst vor Registrierung, vor persön-
lichen Problemen, sei es den Wohnungsantrag,
berufliches Fortkommen, die Parteidisziplin,
die sportliche Laufbahn, die nächste BRD-Reise
oder auch nur einen FDGB-Urlaubsplatz betreffend,
erwachsen.
Wie viele und wie viel Resignation?"

Der aufgeklebte Zettel wurde an das Bezirkswahlbüro
weitergeleitet.

Lorenz
Oberstleutnant

Verteiler:

*Lt. BV
1. Stellv. d. Hq.
2. Stellv. d. Hq.
Abt. XX*

BDVP Karl - Marx - Stadt
- Führungsgruppe -

07. 05. 1989

BSTU
0083

1. Lageeinschätzung

zum Ordnungseinsatz anlässlich der Kommunalwahlen 1989

Berichtszeitraum: 06.05.1989, 00.00 Uhr bis
07.05.1989, 08.00 Uhr

In Durchsetzung der Befehle 0129/88 und 051/85 des MdI sowie der
präzisierten Aufgabenstellung des Chefs der BDVP wurden im Bezirk
die aus Anlaß der Kommunalwahlen festgelegten Maßnahmen wirksam.

Die Führung der Kräfte und Mittel durch die Leiter der Dienst-
stellen, die Leitungsdienste und Führungsgruppen wurde ununter-
brochen sichergestellt.
Der Einsatz der Kräfte und Mittel erwies sich als zweckmäßig und
war auf eine hohe Präsenz zu den Schwerpunktzeiten gerichtet.

Die Hauptanstrengungen bei der Durchsetzung der festgelegten Maß-
nahmen konzentrierten sich auf

- die Sicherung der Wahllokale und des Transportes der Wahl-
unterlagen;
- den Schutz bedeutsamer Objekte und Einrichtungen;
- die Kontrolle negativ dekadenter Personen;
- die Verhinderung der Anreise feindlich negativer Kräfte nach
Leipzig
s o w i e
- auf die Sicherung der Oberliga-Fußballspiele in Karl-Marx-Stadt
und Zwickau.

Die Maßnahmen verliefen ohne besondere Vorkommnisse.
Im Bezirk wurde die öffentliche Ordnung und Sicherheit gewährleistet.

Von den Kontrolloffizieren der BDVP wurde entsprechend des Kontroll-
auftrages in den nachgeordneten Dienststellen auf die Durchsetzung
der angewiesenen Maßnahmen Einfluß genommen. Zur Überprüfung und
Durchsetzung einer verstärkten Kontrolle und Beobachtung mit dem
Ziel - der Verhinderung der Anreise negativer Personen nach Leipzig -
erfolgte eine entsprechende Präzisierung der vorliegenden Kontroll-
planung. Ab 05.00 Uhr sind die festgelegten Kontroll- und Beobach-
tungspunkte besetzt. Die Überprüfung durch die Kontrolloffiziere
der BDVP ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen.

2

Die bisher durchgeführten Kontrollen ergaben im wesentlichen keine nennenswerten Beanstandungen und bei festgestellten Mängeln wurden die erforderlichen Maßnahmen zur Veränderung angewiesen. Nachkontrollen in den VPKA Annaberg und Oelsnitz ergeben, daß die bei vorangegangenen Kontrollen festgestellten Mängel beseitigt wurden (VPKA Annaberg Führung Lagekarte, VPKA Oelsnitz 100%ige Hausbereitschaft).

Im VPKA Zwickau wurden am 06.05.1989 in den VP-Revieren in der Dienstplanung, beim Helfereinsatz, Sicherstellung einer 100%igen Hausbereitschaft sowie im 1. VP-Revier bei der Einweisung der Kräfte Mängel festgestellt (unübersichtliche Dienstplanung, keine 100%ige Hausbereitschaft, nicht 50 % der freiwilligen Helfer im Einsatz, keine gründliche lagebezogene Einweisung). Durch den Einfluß der Führungsgruppe der SDVP wurde die erforderliche Veränderung durchgesetzt.


Insgesamt bestätigten die durchgeführten Kontrollen eine hohe Einsatzbereitschaft der im Dienst befindlichen Kräfte. Die in Vorbereitung auf den Ordnungseinsatz geführte politisch-ideologische Arbeit war überwiegend lagebezogen und schuf Voraussetzungen für eine vorbildliche Dienstdurchführung.

Als positives Beispiel ist die vorbildliche Dienstdurchführung von 2 Genossen der mot. VK (Meister Roch, Hauptwachtmeister Büschel) während der Tiefensicherung aus Anlaß des Fußballspieles am 06.05.89 in Karl-Marx-Stadt hervorzuheben. Sie führten 2 verdächtige weibliche Jugendliche zu, von denen eine zur Fahndung stand.

Im Berichtszeitraum wurde im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1 Straftat gemäß § 222 StGB bekannt (Zerschneiden von 2 Fahnen in Karl-Marx-Stadt durch unbekanntes Täter).

Am 06.05.1989 befand sich von 10.30 Uhr bis 16.00 Uhr eine Kontrollgruppe des MdI in Stärke von 4 Offizieren zur Überprüfung der Maßnahmen aus Anlaß der Kommunalwahlen im Bezirk. Im Ergebnis der Kontrolle wurde eingeschätzt, daß die angewiesenen Maßnahmen zweckmäßig sind. Mängel wurden nicht festgestellt.

Leiter der Führungsgruppe


F ö r s t e r
Oberstleutnant der VP

BSTU
0084

BV für Staatssicherheit Leipzig
Kreisdienststelle Leipzig-Stadt

Leipzig, 7. Mai 1989
AuI/koß-hz



Tagesbericht vom 7. 5. 89 - Aktion "Symbol 89"

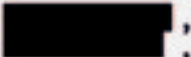
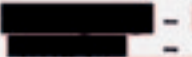
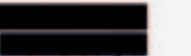
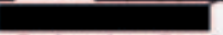
BSTU
0030

Zu 1.

Die auf der Grundlage des Befehls 6/89 des Genossen Minister realisierten umfassenden Aufklärungs-, Sicherungs- und Kontrollmaßnahmen der KD Leipzig-Stadt in Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen und im Zusammenwirken mit dem VPKA waren darauf ausgerichtet, die staatliche Sicherheit im Territorium der Stadt Leipzig und damit einen störungsfreien Verlauf der Kommunalwahlen zu gewährleisten.

Schwerpunktmäßig wurden Personen aus dem Kreis der Antragsteller auf ständige Ausreise und des politischen Untergrundes in die pol.-op. Maßnahmen einbezogen, um öffentlichkeitswirksame feindlich-negative Aktivitäten dieses Personenkreises im Aktionszeitraum zu verhindern.

In Vorbereitung der Aktion "Symbol 89" wurde mit 34 Fällen von Antragstellern auf ständige Ausreise Disziplinierungsgespräche durch Mitarbeiter unserer DE geführt, wobei ihnen die Genehmigung ihres Ausreiseantrages mitgeteilt wurde. Es kann eingeschätzt werden, daß von diesen Personen keinerlei Aktivitäten im Aktionszeitraum zu erwarten sind. Weiterhin wurden zu 20 Fällen von Antragstellern auf ständige Ausreise Kontrollmaßnahmen durch Einsatzkräfte der Abt. 22 des MfS sowie des VPKA Leipzig am Wahlsonntag eingeleitet. Durch Mitarbeiter der KD Leipzig-Stadt erfolgen Beobachtungsmaßnahmen zum Ehepaar

,  - 
wh. 7027 Leipzig, 
beide KK-erfaßt KD Leipzig-Stadt

die am 6. 5. 89 einen "stillen Protest" vor dem Wahllokal ankündigten. (siehe Operativinformation 145/89)

Weiterhin wurden Maßnahmen zu 19 Personen aus dem Kreis des politischen Untergrundes, die im Zusammenhang mit Kontrollmaßnahmen der Abt. XX zum Objekt "Pleisse" als sog. "Wahlholfer der Kirche" personifiziert wurden, eingeleitet. Mit 16 Personen wurden Disziplinierungsgespräche geführt zu denen eingeschätzt werden kann, daß in 9 Fällen ein Disziplinierungseffekt erreicht wurde. 7 Personen stehen am Wahltag unter operativer Kontrolle durch Mitarbeiter unserer Dienststelle.

4

Der Verdächtige des OV [REDACTED]

[REDACTED]
7022 Leipzig, [REDACTED]

BSTU
0033

wurde auf Anweisung des 1. Stellv., Gen. Oberst Eppisch ebenfalls der Abt. IX zugeführt und einer Befragung unterzogen.

Zu 4.

Die bereits im Vorfeld der Aktion "Symbol 89" inoffiziell erarbeiteten Informationen über geplante Aktivitäten der Kräfte des politischen Untergrundes zur "Überwachung" der Kommunalwahlen bestätigten sich bereits bei der Auszählung der Wahlergebnisse der Sonderwahllokale am 6.5.89 im Stadtbezirk Leipzig-Mitte.

Im Sonderwahllokal Stadthaus erschienen 7 Personen, die sich an der Stimmsauszählung beteiligten. Nach Abschluß der Auszählung verlangten diese Personen Auskunft über das Ergebnis und forderten dessen schriftliche Dokumentierung. Auf die Erklärung des Wahlvorstandes, daß es sich hierbei lediglich um ein Zwischenergebnis handele, welches in das Gesamtwahlergebnis einfließe, zeigten sich die Personen uneinsichtig und forderten eine klärende Aussprache.

Der Stadtbezirksbürgermeister des SB Mitte, Gen. Setzepfand, welcher an der Auszählung teilnahm, führte daraufhin mit 3 Vertretern der Gruppe, die personifiziert werden konnten ein Gespräch. Dabei handelt es sich um

[REDACTED]
HW: [REDACTED]

NW: 7022 Leipzig, [REDACTED]
Abt. XII: erfaßt BV Leipzig, Abt. XX - PUT-Person

S t e i n b a c h , Rando - 15. 3. 59

7010 Leipzig, Max-Planck-Str. 16

erfaßt KD Leipzig-Stadt

Mitglied der Gruppe "Zukunft Neues Denken"

Demonstrativtäter 1. Mai 88 - Plakat "Unser soz. Vaterland
Heimstatt für Freiheit, Demokratie, Menschenrechte"

[REDACTED]
7010 Leipzig, [REDACTED]

Abt. XII: erf. BV Leipzig, Abt. XX

Mitglied der AK "Frauen für den Frieden"

Die Vertreter der Gruppe verhielten sich gegenüber den Ausführungen des SBEM aufgeschlossen und akzeptierten z.T. die vorgebrachten Argumente hinsichtlich der Einordnung der Ergebnisse des Sonderwahllokals in das Gesamtwahlergebnis. Die Vertreter kündigten an, auch am Sonntag an der Auszählung in Wahllokalen teilzunehmen.

7

- Durch offizielle und inoffizielle Quellen wurde bestätigt, daß durch Kräfte des politischen Untergrundes "Überwachungen" der Stimmsauszählungen in Wahllokalen des SB Mitte realisiert wurden.
In den drei Wahllokalen POS W. Grönu, erschien eine Gruppe von 7 Personen, die sich auf die Wahllokale verteilten und den korrekten Ablauf der Stimmsauszählung kontrollierten. Ihr Verhalten wird als diszipliniert eingeschätzt. Bemerkungen zur Auswertung wurden nicht gegeben.

BSTU
0036

- Durch eine inoffizielle Quelle wurde bekennet, daß im Wahllokal im Hort der Leibnitz-POS drei männl. Personen von einem PKW, pol. Kennzeichen [REDACTED] - [REDACTED] abgesetzt wurden und an der Auszählung der Stimmen teilnahmen. Bei dem Halter des PKW handelt es sich um die

[REDACTED]

7123 Engelsdorf, [REDACTED]
Abt. XII: erf. KD Lend - Ehemann abgl. NSW-RK

Das Verhalten der drei männl. Personen ließ den Schluß zu, daß ein Fragespiegel abgearbeitet wurde. Es wurden inhaltliche Fragen zum Ausgang der Wahlergebnisse gemacht, die gerichtet waren auf

- . Nummer des Wahllokales
- . Nummer des Stimmbezirkes
- . Einhaltung des Ablaufplanes
- . scheinbare Einwohnerzahl des Stimmbezirkes

Alle Ergebnisse wurden schriftlich festgehalten. Bei einer männl. Person handelte es sich um den Teilnehmer einer Gruppe, die bereits am Vortag an der Auszählung der Stimmen im Sonderwahllokal Stadthaus teilgenommen haben soll. (ca. 2 m groß, lange schwarze Haare, zum Pferdeschwanz gebunden) Eine andere Person trug ein Parteiabzeichen der SED, jedoch an der rechten Seite der Jacke.

Zum Wahlverhalten kirchlicher Amtsträger der Stadt lassen sich folgende vorläufige Einschätzungen treffen. Die beiden Superintendenten Margirius und Richter machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Eine Wahlbeteiligung ist auch von einer Reihe weiterer evang. Amtsträger aus allen Stadtbezirken zu verzeichnen. Darunter befinden sich u.a. die Pfarrer Führer (Nikolaikirche), Krumbholz (Michaeliskirche) Fritzsche und Michael (beide Pauluskirche Grönu) Lösche (Laurentiuskirche) Dr. Berger (Erlöserkirche). Im Stadtbezirk West beteiligten sich alle evang. Pfarrer an der Wahl. Operativ-relevante Hinweise zum Wahlverhalten kirchlicher Amtsträger liegen nicht vor.

Leiter der KD
[Signature]
Schmidt
Oberst

EINGANG		TELEGRAMM (Nichtzutreffendes streichen)		AUSGANG	
		BSTU QQQ1			
Dringlichkeit	MIS/Dro	GKS	GVS	VVS	Fu/FS-Nr.:
Absender: BV Dresden, Leiter					
Empfänger: BV Dresden, Kreisdienststellen/Dienststellen - Leiter					
Tgb. Nr. _____					
Weiter an: _____					
Dresden, den 8. 5. 89					
b6-ne/BdL/ 367/89					
<p>Durch alle Dienststellen wurde im engen Zusammenwirken mit den Genossen der DVP, staatlichen Organen und gesellschaftlichen Organisationen und vielen gesellschaftlichen Kräften eine sehr verantwortungsbewußte und umfangreiche Arbeit geleistet, so daß es in Vorbereitung und Durchführung unserer Kommunalwahlen im Bezirk im wesentlichen zu keinen Vorkommnissen kommen konnte.</p> <p>Die Leiter der Kreisdienststellen haben eng - so wie es sein muß - mit den 1. Sekretären der SED-Kreisleitungen zusammengewirkt und vielfältige Unterstützung erhalten.</p> <p>Für die gezeigte hohe Einsatzbereitschaft und die verantwortungsbewußte, z. T. weit über die normale Dienstzeit hinausgehende Arbeit danke ich allen Genossinnen und Genossen.</p> <p>Im Bezirk waren die staatliche Sicherheit und öffentliche Ordnung und Sicherheit durchgehend gewährleistet. Durch hohe Wachsamkeit einer gesellschaftlichen Kraft wurde in der Nacht vom Samstag zum Sonntag im Kreis Bautzen eine Person auf frischer Tat gestellt, als diese Hetzschriften gegen die Wahl (ca. 400) verteilte. EV wurde durch die Abteilung IX eingeleitet. Die gesellschaftliche Kraft wurde durch Genossen der KD Bautzen sofort ausgezeichnet.</p> <p>Einzelne Vorkommnisse (Fahnenabriß, Anbringen von Plakaten) müssen nunmehr in guter Abstimmung und Zusammenarbeit mit DVP aufgeklärt werden.</p> <p>Dieses Schreiben ist allen Angehörigen bekanntzugeben!</p>					
F. d. R. Leiter Abt. BdL Biesold/DSL		gez. Böhm Generalmajor			
Durchschläge/Durchschriften: _____ Stk. Geschrieben: _____ Gesehen: _____					
Eingangsdatum: _____ Uhrzeit: _____ Anfang: _____ Ende: _____ Nachr.-Sachbearb.: _____					

304/89

BV für Staatssicherheit
Karl-Marx-Stadt
AKG

Karl-Marx-Stadt, 9. 5. 1989

BSTU
000073

Nur zur persönlichen
Information!

I n f o r m a t i o n

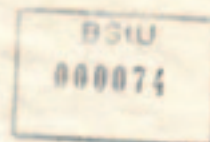
über

die von vorwiegend kirchlichen Kräften erfolgten Aktivitäten im Zusammenhang mit der Stimmenaushaltung in Wahllokalen des Bezirkes Karl-Marx-Stadt zur "Überwachung" der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 in der DDR

Verteiler:

1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt/
Genossen Bartl

Zentrale



2

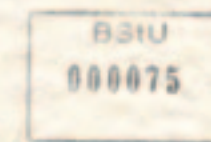
Nach den der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Karl-Marx-Stadt bisher vorliegenden Erkenntnissen suchten am 7. Mai 1989 mit Beginn der Stimmenauszählung kirchliche Amtsträger, Kirchenvorstandsmitglieder, Vertreter kirchlicher Basisgruppen und in einzelnen Fällen Antragsteller auf ständige Ausreise in Kreisen des Bezirkes Karl-Marx-Stadt Wahllokale auf, um dort ihre erklärte Absicht zur Ausübung einer sogenannten Kontrollfunktion zu realisieren (siehe Anlage).

Dabei beriefen sie sich demonstrativ auf das Wahlgesetz der DDR und erkundigten sich zum Teil wiederholt nach der Bewertung der abgegebenen Stimmen in gültige und ungültige, um sich eine Übersicht über abgegebene Gegenstimmen zu verschaffen. Damit verfolgten diese oppositionellen Kräfte das Ziel, den Nachweis für eine angebliche Manipulation der Wahlergebnisse in der DDR zu erbringen. Zur Erreichung dieser Zielstellung war ihr Verhalten in den Wahllokalen überwiegend darauf ausgerichtet, jegliche Konfrontationen mit dem Staat zu vermeiden. Lediglich im Kreis Stollberg und in der Stadt Karl-Marx-Stadt wurden der [REDACTED] der Evangelisch-Lutherischen Kirche Hormersdorf [REDACTED], [REDACTED] bzw. das Mitglied der eng mit der Kirche liierten Musikband [REDACTED] [REDACTED] wegen bewußter und vorsätzlicher Störung der Stimmenauszählung durch fortlaufende Fragestellungen aus den jeweiligen Wahllokalen verwiesen.

Öffentlichkeitswirksame Provokationen wurden nicht festgestellt.

Darüber hinaus liegen der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Karl-Marx-Stadt Informationen vor über Gerüchte, wonach in Karl-Marx-Stadt, Stadtbezirk Mitte/Nord Parteisekretäre und Lehrer von Schulen nach der Schließung in die Wahllokale geschickt worden wären, um Nichtwähler herauszuselektieren.

Zur Gewährleistung des Quellenschutzes wird gebeten, diese Information nicht offiziell auszuwerten.



Anlage

Kreis Annaberg

In Crottendorf nahm der [REDACTED] der Evangelisch-Methodistischen Kirchgemeinde [REDACTED], [REDACTED] gemeinsam mit Mitgliedern der Jungen Gemeinde an der Stimmenauszählung teil.

Mit der Begründung "sich seinen Wahlzettel selbst nochmals richtig anzusehen" hielt sich der [REDACTED], [REDACTED] der Evangelisch-Lutherischen Kirche Annaberg während der Auszählung im Wahllokal auf.

Der Diakon [REDACTED] und seine Ehefrau [REDACTED] nahmen ebenfalls an der Auszählung teil, wobei die [REDACTED] Fragen nach der Anzahl der Wahlberechtigten, nach der Wahlbeteiligung und den Ergebnissen der Sonderwahllokale stellte. Sie erklärte dazu, daß ihr die Form der Wahl nicht gefalle und es keine richtige Wahl sei, aber über Demokratie wolle sie heute nicht streiten.

Die Mitglieder der kirchlichen Umweltgruppe "Grünes Kreuz" [REDACTED] und [REDACTED] suchten in Elterlein das Wahllokal während der Stimmenauszählung auf.

Das Mitglied der genannten Gruppe [REDACTED] nahm an der Auszählung im Wahlbezirk 21 in Annaberg teil.

Kreis Aue

Am 7. 5. 1989 gegen 18.00 Uhr suchte der Pastor der Evangelisch-Methodistischen Kirche Aue [REDACTED], der selbst nicht gewählt hatte, mit einem Kirchenvorstandsmitglied das Wahllokal 22 in Aue auf. Nachdem [REDACTED] zunächst bestrebt war, sich unmittelbar an der Auszählung der Stimmen zu beteiligen, verhielt er sich nach der Belehrung über die gesetzlichen Regelungen einsichtig und zurückhaltend. Darüber hinaus hatten sich im gleichen Zeitraum in Lauter und Schlema kirchlich gebundene Personen in den dortigen Wahllokalen aufgehalten, ohne jedoch aktiv in Erscheinung zu treten.

Kreis Auerbach

Die Person

[REDACTED], [REDACTED]
geboren am [REDACTED] in Marienberg
wohnhaft: [REDACTED], [REDACTED]
tätig als Programmierer im VEB Kombinat
Deko Plauen

und

[REDACTED], [REDACTED]
geboren am [REDACTED] in Rodewisch
wohnhaft: [REDACTED], [REDACTED]
tätig im Rechenzentrum der BHG Auerbach

BStU
000076

2

nahmen an der öffentlichen Stimmentauszählung im Wahllokal des Wahlkreises 10, Wahlbezirk 6, in Falkenstein teil. Dabei wurde von dem [REDACTED], [REDACTED] das vom Wahlvorsteher bekanntgegebene Ergebnis von 11 ungültigen Stimmen angezweifelt, und er behauptete, daß es sich dabei nicht um ungültige, sondern um Gegenstimmen handele. Durch den Wahlvorstand erfolgte daraufhin die Korrektur des Ergebnisses der Stimmentauszählung in diesem Sinne. Unabhängig davon informierten [REDACTED], [REDACTED] und [REDACTED] den Bürgermeister RAUCHALLES, Mitglied der CDU, von ihrer Feststellung. Dieser nahm anhand des Protokolls im Wahlkreis 10, Wahlbezirk 6, eine Überprüfung vor und teilte ihnen mit, daß nicht nur 11, sondern 15 Gegenstimmen festgestellt wurden. Damit erklärten sich beide Personen einverstanden und verließen das Rathaus.

Kreis Brand-Erbisdorf

In Frauenstein nahmen das Kirchenvorstandsmitglied der Evangelisch-Lutherischen Kirche Frauenstein [REDACTED], [REDACTED] und das Mitglied der gleichen Kirchengemeinde [REDACTED], [REDACTED], in Berthelsdorf der Pfarrer [REDACTED] aus Frauenstein und in Voigtsdorf der Pfarrer der dortigen Kirchengemeinde sowie das Mitglied des Arbeitskreises "Frieden und Umwelt" der Kirchengemeinde Frauenstein [REDACTED], [REDACTED] an den Stimmentauszählungen in den jeweiligen Wahllokalen teil, wobei diese Personen mit Fragestellungen, wie "Was sind Gegenstimmen?", auftraten. Im Wahllokal 7 in Brand-Erbisdorf nahm das aktive Mitglied der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde Brand-Erbisdorf [REDACTED], [REDACTED] als Zuschauer an der Stimmentauszählung teil.

Kreis Fkoha

Das Kirchenvorstandsmitglied der Evangelisch-Lutherischen Kirche Oederan, [REDACTED], wollte sich in einem Wahllokal in Oederan bei der öffentlichen Stimmentauszählung in den Vorgang einmischen, indem er sich die Stimmzettel anschauen wollte. Durch Mitglieder des Wahlvorstandes wurde dies politisch klug verhindert.

Kreis Freiberg

In den Gemeinden Weißenborn und Siebenlehn waren die Pfarrer dieser Kirchengemeinden [REDACTED], [REDACTED] und [REDACTED], [REDACTED], die auch von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, während der Stimmentauszählung anwesend. Sie traten dabei jedoch nur als Beobachter in Erscheinung, ohne Fragen zu stellen.

BStU
000077

3

Kreis Glauchau

In einem Wahllokal des Wahlbezirk 6 in Glauchau nahm der Pfarrer der Evangelisch-Lutherischen Kirche Glauchau, [REDACTED], an der Stimmentauszählung teil, stellte Fragen zur Gültigkeit bzw. Ungültigkeit der Stimmen und fertigte diesbezügliche Notizen. Analog trat Pfarrer [REDACTED], [REDACTED] in einem Wahllokal des Wahlkreises 14 in Glauchau auf. Mitglieder der Jungen Gemeinde suchten ein Wahllokal des Wahlbezirk 13 in Glauchau zur Stimmentauszählung auf und stellten dort die gleichen Fragen wie die Pfarrer [REDACTED] und [REDACTED].

Kreis Hohenstein-Ernstthal

In der Gemeinde St. Egidien nahmen in den Wahllokalen der Wahlkreise 2 und 3 des Ortes je zwei Mitglieder des Kirchenvorstandes an der Stimmentauszählung teil.

Stadt Karl-Marx-Stadt

Der

[REDACTED], [REDACTED]
geboren am [REDACTED] in Karl-Marx-Stadt
wohnhaft: [REDACTED], [REDACTED]
tätig als EDV-Bediener im Druckhaus Karl-Marx-Stadt

suchte unmittelbar vor der Stimmentauszählung das Wahllokal 624 mit Block und Stift auf und machte sich Notizen. [REDACTED] hatte den Druck von zirka 30 Plakaten zur Werbung für die am 6. 5. 1989 stattgefundenene Veranstaltung der Arbeitsgruppe "Offene Kirche" und des "Friedensarbeitskreises" an der ESG Karl-Marx-Stadt vorbereitet.

Das Mitglied der eng mit der Kirche liierten Musikband "Chiopsfarm",

[REDACTED], [REDACTED]
geboren am [REDACTED] in Borna
wohnhaft: [REDACTED]

verlangte nach der Auszählung der Stimmzettel vom Wahlleiter des Wahllokales Hilbersdorfer Straße 72 des WBA 102 Auskünfte über das Wahlergebnis. Er führte für entsprechende Aufzeichnungen einen Schnellhefter bei sich. Trotz der Ermahnung zur Einstellung seines provokatorischen Verhaltens entfachte er weiterhin einen Wortwechsel und wurde des Lokals verwiesen.

120589 1630/191
 BV für Staatssicherheit
 Abteilung XV
 Leipzig, 12. Mai 1989
 ri-klö 1118/89
 BSTU
 0015

A K G

Information - Reaktion Kommunalwahlen

Durch eine Quelle an der Sektion Philosophie wurde bekannt, daß das offiziell in der Presse ausgewiesene Wahlergebnis der gültigen Stimmen gegen den Wahlvorschlag im Republikmaßstab angezweifelt wird.

Grund dafür sei die Tatsache, daß in seinem Wählerkreis, in welchem eine überwiegende Anzahl von SED-Mitgliedern die Stimmen abgaben, rund 8 % Gegenstimmen ausgezählt wurden. Er und viele Studenten dieses Wählerkreises (Sektion WK, Philosophie, Wirtschaftswissenschaften und Soziologie) zweifeln daher an ihrer Meinung nach zu niedrig angegebenen Prozentsatz an Gegenstimmen an, weil sie vom erhöhten Wählerbewußtsein angegebener Sektionen ausgehen und für sie nicht vorstellbar ist, daß andere soziale Bevölkerungsschichten positiver gewählt haben sollen.

Es wird an der Sektion Philosophie weitverbreitet von Manipulation gesprochen.

Stellv. Ltr. d. Abt. XV

[Signature]

B o l s
 Oberstleutnant

[Signature]

**

UD Podlitz

19.5.89

Bericht des U.S. Claudia Schult
zum Wahl

BSTU
 0122

Zu Auswertung der Stimmenerhebungen in den einzelnen Städten und Gemeinden wurde eine massive Manipulation des Wahlergebnisses vorgenommen. Der Leiter des Kreiswahlbüros, Gen. GÖITEL brief sich bei Anfragen der Mitarbeiter auf eine "Lösung von oben", die ihm gegeben wurde, und meinte zum Wahlmarkt, weit weniger ungültige Stimmen an das Kreiswahlbüro zu melden als tatsächlich abgegeben wurden.

Er nannte jedoch keinen Namen des betreffenden Landesleiters.

Diese Vorgehensweise ist mehreren Mitarbeitern des Kreiswahlbüros bekannt, sodass eine Verbreitung in der Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen werden kann.

Martin, Ulbr.

Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit
Leiter

Dresden, 19. 5. 1989

BSTU
0002

AG
106

Ministerium für Staatssicherheit
ZAIG
Leiter

Berlin

Spezieller Bericht zum Ergebnis der Kommunalwahlen am
7. 5. 1989 - operative Aktion "Symbol 89"
gemäß Ordnung 5/89 des Stellvertreters des Ministers,
Genossen Generaloberst Mittag - Anlage 3

1. Charakterisierung der als Nichtwähler in Erscheinung
getretenen Personen

Im Bezirk Dresden gliedern sich die Nichtwähler hinsichtlich
ihres Alters:

Erstwähler	5 %
bis 25 Jahre	15 %
bis 40 Jahre	40 %
bis Rentenalter	25 %
Rentenalter	15 %

Diese Angaben differenzieren für die einzelnen Kreise nur
unwesentlich.

Gegenüber vergangenen Wahlen hat sich der Anteil der Nicht-
wähler unter Erstwählern um das Doppelte und in der Alters-
gruppe bis 40 Jahre um das Anderthalbfache erhöht, während
in den anderen Altersgruppen, außer Rentner, entsprechende
anteilmäßige Rückgänge zu verzeichnen sind.

Hinsichtlich ihrer beruflichen Tätigkeit/sozialen Stellung
ergibt sich folgende Einteilung.

Arbeiter	50 %
Angestellte	10 %
Intelligenz	3 %
Handwerker/Gewerbetreibende	3 %
Genossenschaftsbauern	8 %
Rentner/Hausfrauen	15 %
sonstige	11 %

- 2 -

BSTU
0003

Zu den letzten Wahlen ergibt sich beim Anteil der Arbeiter
ein Rückgang in den Kreisen des Bezirkes von 5 % - 10 % während
sich die Zunahmen auf die übrigen Kategorien gleichmäßig ver-
teilen.

Unter Personen/Personenkreisen mit politisch-operativ bedeut-
samen Merkmalen ergibt sich folgende Situation:

Die Wahlbeteiligung der hauptamtlich tätigen Mitarbeiter der
Kirchen/Religionsgemeinschaften weist gegenüber den Wahlen
1986 eine rückläufige Tendenz aus und umfaßt im einzelnen

	1986	1989
Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsen	74,8 %	55,9 %
Evangelische Kirche des Görlitzer Kirchenbezirkes	69,1 %	51,9 %
Bistum Dresden-Meißen	65,10 %	41,9 %
Apostolische Administratur Görlitz	47,4 %	12,5 %
Kleine Religionsgemeinschaften	82,7 %	83,1 %

Die Bischöfe der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen
Dr. Hempel, und der Evangelischen Kirche des Görlitzer Kir-
chengebietes, Prof. Dr. Dr. Rogge sowie die Leiter/Vorstände
der kleinen Religionsgemeinschaften beteiligten sich an der
Wahl, während die 4 katholischen Bischöfe/Weihbischöfe der
Wahl fernblieben.

Die Mitglieder der verbotenen Sekte "Zeugen Jehova" betei-
ligten sich wie in der Vergangenheit nicht am Wahlgang.
Störungen gingen von ihnen nicht aus.

Der Anteil der Antragsteller auf ständige Ausreise an den
Nichtwählern ist trotz Steigerung der Anzahl der Nicht-
wähler auf durchschnittlich 150 % anteilmäßig um 10 % ge-
sunken (Vergleich 1986).

Ein sowohl anteilmäßiger als auch zahlenmäßiger Rückgang
an Nichtwählern ist bei den Kräften des politischen Unter-
grundes zu verzeichnen, da diese in diesem Jahr entsprechend
den Orientierungen gegnerischer und feindlich-negativer Kräfte
an der Wahl teilnahmen und durch das Aufsuchen der Wahlkabine
in Erscheinung traten.

- 3 -

BSTU
0004

2. Einschätzung der Gründe bzw. Motive und weiterer Zusammenhänge in bezug auf die Nichtteilnahme an den Kommunalwahlen bzw. bereits der Verweigerung der Annahme der Wahlbenachrichtigungen

Die Gründe und Motive, die zu einer Nichtteilnahme an der Wahl führten, sind vielschichtiger Natur.

Den breitesten Raum nehmen ungelöste kommunale Probleme ein (ca. 50 %), wobei teilweise auf deren langjährige Existenz verwiesen wurde, ohne daß diese geklärt wurden. Probleme wie

- Wohnungsfragen (Wohnungsvergabe/Werterhaltung)
- Versorgungslage (geschlossene Verkaufseinrichtungen/ungenügendes Warenangebot)
- fehlende Dienstleistungen
- Nahverkehr/Straßenzustand
- Ordnung und Sauberkeit in den Wohngebieten
- Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung
- fehlende Krippen- und Pflegeheimplätze
- vermeintliche Benachteiligung durch Staatsorgane bei der Bearbeitung von Anträgen/Eingaben
- ungenügende bzw. mangelhafte medizinische Betreuung

spielten in allen Kreisen eine Rolle.

Unter den politisch motivierten Ablehnungen einer Wahlteilnahme (ca. 20 %) bilden die Antragsteller auf ständige Ausreise den Hauptanteil.

Weiterhin spielte in Einzelfällen die Ablehnung von Teilbereichen der Politik v-on Partei und Regierung eine Rolle. In diesen Fällen wurde Nichteinverständnis mit der Preispolitik (oft im Vergleich mit Löhnen/Gehältern), der Umweltpolitik, der Rechtssprechung, der Informationspolitik und der Ablehnung der Wahlgesetzgebung der DDR einschließlich des Ausländerwahlrechtes zum Ausdruck gebracht. Mit der Ablehnung der Wahlgesetzgebung begründeten auch reaktionäre kirchliche Amtsträger ihre Nichtteilnahme.

Angestiegen ist die Zahl der Personen, die eine Wahlteilnahme aufgrund nichtgenehmigter Privatreisen nach dem NSA, Nichteinverständnis mit der geltenden Reiseverordnung bzw. der vorhandenen Reise-/Touristenmöglichkeiten für DDR-Bürger ablehnen.

Glaubensgründe spielten vor allem bei Mitgliedern der verbotenen Sekte "Zeugen Jehova" aber auch bei Angehörigen anderer Glaubensgemeinschaften eine Rolle bei der Ablehnung der Teilnahme an der Wahlhandlung.

- 4 -

BSTU
0005

Bei ca. 20 % der Nichtwähler ist das Motiv der Nichtteilnahme unbekannt, da diese kommentarlos die Wahlbenachrichtigungen entgegennahmen bzw. überhaupt nicht angetroffen wurden. Darüber hinaus lehnten asozial lebende und vorbestrafte Personen ohne Begründung eine Wahlteilnahme ab.

3. Erkenntnisse über territorial bzw. objektbezogene Konzentrationen von Nichtwählern im Verantwortungsbereich

In den Kreisen des Bezirkes stellen vor allem die Kreisstädte Konzentrationspunkte von Nichtwählern dar. Dies betrifft:
Dippoldiswalde, Großenhain, Kamenz, Meißen, Niesky, Pirna und Riesa, Ursachen hierfür sind die vielfältigsten kommunalen Probleme, vor allem Wohnraumvergabe und -erhaltung.

Weitere Konzentrationen von Nichtwählern traten in folgenden Städten auf:

Kreis Bautzen:	Wilthen und Schirgiswalde	- Wohnungsfragen
Kreis Bischofswerda:	Pulsnitz	- Wohnungsfragen
Kreis Dippoldiswalde:	Altenberg	- Versorgungslage
Kreis Dresden-Land:	Radebeul	- Wohnungsfragen
Kreis Kamenz:	Königsbrück	- Wohnungsfragen
Kreis Löbau:	Herrnhut	- religiöse Gründe (Brüderunität)
	Neugersdorf	- Versorgungslage
Kreis Meißen:	Coswig	- Wohnungsfragen
Kreis Pirna:	Heidenau	- Wohnungsfragen Umweltprobleme
Kreis Riesa:	Gröditz	- Wohnungsfragen

Bei den genannten Motiven handelt es sich um die wesentlichsten und am häufigsten genannten/erarbeiteten Gründe der Nichtteilnahme.

In der Bezirksstadt kristallisierten sich als Konzentrationspunkte zum einen Altbaugebiete in den Stadtbezirken Dresden-Mitte und Dresden-Nord (Mängel in der Instandhaltung) und zum anderen Neubaugebiete im Stadtbezirk Dresden-Süd (Bau von Versorgungseinrichtungen, Straßenbau) heraus.

Unter den Gemeinden des Bezirkes stellt Klitten im Kreis Niesky mit 184 Nichtwählern (16 % der Nichtwähler des Kreises) den Schwerpunkt dar. 1986 gingen 46 Einwohner der Gemeinde nicht zur Wahl. Ursache sind zum größten Teil (136) die im Zusammenhang der Anfang der 90er Jahre erfolgenden Devastierung des Ortes aufgrund des Kohleabbaus anstehenden und bisher nicht bis zu Ende geklärten Probleme.

Objektmäßige Konzentrationspunkte konnten von den Kreisdienststellen nicht erarbeitet werden.

DE M-1785

Mitteilung

Betrifft: GÖltigkeit der Wahl im Stadtbezirk Leipzig-Mitte

Im Stadtbezirk Leipzig-Mitte ist seit 18.5.89 ein Antrag auf Einspruch gegen die GÖltigkeit der Wahl zur Stadtbezirksversammlung lt. Wahlgesetz § 43/1 eingangig. Anlaß des beantragten Einspruchs sind bei einer Überprüfung festgestellte erhebliche Differenzen zwischen dem offiziellen Ergebnis und der Summe der von den Wahlvorständen ermittelten Ergebnisse. Die Überprüfung ergab bei 82 erfaßten Wahllokalen (von 84) für Stadtverordneten- und Stadtbezirksversammlung folgende, in etwa Übereinstimmende Ergebnisse:

Wahlbeteiligung lt. Angabe der Wahlvorstände ca. 92,2% im Vergleich zu 98,54% offiziell;
 Ja-Stimmen, 91,2% zu 96,04% offiziell;
 Gegenstimmen absolut, 4234 nach Angabe der Wahlvorstände zu 2087.
 (Diese Ergebnisse können durch 82 Bürger bezeugt werden.)

Bei 6 bzw. 5% Differenz aus also offensichtlich vom Tatbestand der Wahlfälschung und daraus resultierender UngÖltigkeit der Wahl im Stadtbezirk Leipzig-Mitte ausgegangen werden.

Der Antrag auf Einspruch wurde durch die stellvertretende Sekretärin des Ausschusses der Nationalen Front Leipzig-Mitte, Frau August bearbeitet. Es kam weder zu einer Sitzung des Ausschusses der NF Mitte, noch zu einer Überprüfung der Wahlergebnisse durch die übergeordnete Wahlkommission, mit dem Ziel, die festgestellten Differenzen gegebenenfalls zu korrigieren, Verantwortliche zu ermitteln und den wahrscheinlichen Tatbestand einer Wahlfälschung aufzuklären. Es wurde also überhaupt keine unabhängige Klärung, z.B. durch erneute Summierung anhand der Wahlniederschriften, oder Befragung der Wahlvorstände, versucht, im Gegenteil, der Antrag wurde an die Wahlkommission des Stadtbezirkes weitergeleitet, also an das eigentlich zu überprüfende Organ.

Durch die ungenügenden Maßnahmen seitens des Sekretariats des Ausschusses der NF wurden die entsprechende Informationsweitergabe und die nötigen Maßnahmen -letztlich auch der Vermingemäße Einspruch gegen die GÖltigkeit der Wahl unmöglich gemacht. Der Verdacht auf Wahlfälschung erfuhr so keine deutliche Klärung und bleibt weiter bestehen.

Wir sehen uns verpflichtet die Tatsachen nun auf diesem Wege zur Kenntnis zu bringen, um die Konstituierung einer entsprechend den GMMZ Gesetzen der DDR demokratisch legitimierten Volksvertretung zu ermöglichen.

Wir erwarten von den Abgeordneten und allen Beteiligten und Angesprochenen die Wahrnehmung ihrer demokratischen Pflicht und Verantwortung, d.h. ein Mitwirken auf Überprüfung und gegebenenfalls Korrektur der Wahlergebnisse, bzw. auf Neuwahl im Stadtbezirk -das bedeutet eine Verschiebung der Konstituierung der Stadtbezirksversammlung Leipzig-Mitte. Die Verantwortlichen müßten in jedem Fall ermittelt und zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir werden weitere Schritte, wie Information der Stadt -Bezirks- und DDR-Wahlkommission, der Bezirksleitung der SED Leipzig, des Staatrates der DDR, der Volkskammer, des ZK der SED sowie die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens lt. StGB §211 unternehmen.

Verteiler: Stadtbezirksbürgermeister Leipzig-Mitte, SED-Stadtbezirksleitung, SED folgender Parteien und Massenorganisationen: LDPD, NDPD, CDU, DBD, FDGB, FDJ, Kulturbund, DFD

gez.: [REDACTED] Beate Broßmann Uwe Korth
[REDACTED] Cöthner Str. 5 Berggartenstr. 14
[REDACTED] Leipzig 7022 Leipzig 7022 Leipzig

Rando Steinbach [REDACTED]
 Max-Planck-Str. 10 [REDACTED]
 7010 Leipzig [REDACTED] Leipzig

BSTU
0031

BSTU
0001

BV für Staatssicherheit Leipzig, 19. Mai 1989
 Auswertungs- und
 Kontrollgruppe

Bericht zum Ergebnis der Kommunalwahlen vom 7. 5. 1989 gemäß Anlage 3 zur Ordnung 5/89 (Informationsordnung zur Aktion "Symbol 89")

Der Bericht beruht sowohl auf offiziell vorliegenden Werten als auch auf operativ erarbeiteten Informationen und operativen Erfahrungen/Erkenntnissen der operativen Dienststellen.

Es ist zu berücksichtigen, daß es den Kreisdienststellen nur differenziert möglich war, in dem zur Verfügung stehenden Zeitraum die Unterlagen zu Nichtwählern nach den vorgegebenen Gesichtspunkten zu überprüfen und auszuwerten, so daß die von ihnen erarbeiteten Aussagen einen unterschiedlichen Genauigkeitsgrad aufweisen und nicht in jedem Fall vollständig sind. Das betrifft u. a. die Charakterisierung der beruflichen Tätigkeit und sozialen Stellung der Nichtwähler. Besondere Probleme ergaben sich hierbei in der Stadt Leipzig, auf die 51,5 % der Nichtwähler des Bezirkes entfallen.

Trotzdem können die in dieser Einschätzung getroffenen Aussagen im wesentlichen als repräsentativ gelten, wobei bei gegebenem Anlaß auf zu beachtende Besonderheiten hingewiesen wird. Bereits ersichtliche operative Gesichtspunkte wurden berücksichtigt. Die Kreisdienststellen arbeiten an der Vervollkommenheit der gewonnenen Kenntnisse zum Problem der Nichtwähler und anderer operativ bedeutsamer Fakten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen.

1. Charakterisierung der als Nichtwähler in Erscheinung getretenen Personen

Laut amtlichen Wahlergebnisse gab es im Bezirk Leipzig 13 356 Nichtwähler.

BSTU
0002

2

1.1. Altersstruktur

Hier kann aus den o. s. Gründen nur auf Angaben zu einem Teil der Kreise zurückgegriffen werden, wobei unter Berücksichtigung einer gewissen Streuung der Anteil in den einzelnen Altersgruppen wie folgt betragen kann:

18 - unter 21 Jahre (Erstwähler)	6 - 8 %
21 Jahre - unter 25 Jahre	13 - 15 %
25 Jahre - unter 40 Jahre	35 - 37 %
40 Jahre - Rentenalter	28 - 30 %
im Rentenalter	13 - 15 %

1.2. Berufliche Tätigkeit und soziale Stellung

Bisher vorliegende Angaben zur beruflichen Tätigkeit und sozialen Stellung lassen für den Bezirk keine verbindliche Aussage zu. Hinweise auf etwaige operativ zu beachtende Schwerpunkte können daraus nicht abgeleitet werden.

1.3. Politisch-operativ bedeutsame Merkmale

Die bisher vorliegenden Auswertungsergebnisse lassen den Schluß zu, daß es sich bei den als Nichtwählern in Erscheinung getretenen Personen im wesentlichen um die gleichen Personengruppen handelt, wie sie bereits zu vergangenen Wahlen auftraten, wobei zu einem beträchtlichen Teil noch keine endgültige Aussage möglich ist.

Zu den Personen mit bestimmten politisch-operativ bedeutsamen Merkmalen zählen insbesondere

- Antragsteller auf ständige Ausreise
(Nichtteilnahme bis auf geringe Ausnahmen)
- kirchliche Amtsträger
(bei territorialer Differenzierung 40 - 50 % Nichtteilnahme;
geringer Rückgang Wahlbeteiligung)
- Personen mit oppositionellen Verhaltensweisen

BSTU
0003

3

- Anhänger der "Zeugen Jehovas"
(territoriale Schwerpunkte in Altenburg, Delitzsch, Geithain)
- Personen mit ausgeprägten asozialen und kriminellen Verhaltensweisen

2. Einschätzung der Gründe bzw. Motive und weiterer Zusammenhänge in Bezug auf die Nichtteilnahme an den Kommunalwahlen

Die Erkenntnisse zu Gründen/Motiven für die Nichtteilnahme an den Wahlen stimmen weitgehend mit den bereits in Vorbereitung der Wahlen bekanntgewordenen Hinweisen auf Anlässe/Gründe/Motive für mögliche Nichtteilnahme an den Wahlen überein, wobei die in Erscheinung getretenen Personen nicht immer identisch sind. So nahmen mehrfach Personen trotz vorheriger gegenteiliger Erklärungen an den Wahlen teil (zum Teil Forderungen/Eingaben erfüllt oder Wirkung politischer Einflußnahme). Schwerpunkt für die Nichtteilnahme bildeten wie bei früheren Wahlen kommunale Probleme. Vorrangige Gründe/Motive - wobei die Häufigkeit in einzelnen Kreisen unterschiedlich ist und sich nicht in der Reihenfolge ausdrückt - sind

- bisher nicht erfüllte Forderungen nach Realisierung von Wohnungsproblemen (Wohnraum)
- Schwierigkeiten bei der Werterhaltung von Gebäuden einschließlich der Bereitstellung von Baumaterialien
- ungelöste stadtwirtschaftliche Fragen, wie Straßenzustand, Kanalisation, Müllabfuhr, sanitäre Probleme
- Unzufriedenheit über allgemeine Versorgungsfragen bei Waren des täglichen Bedarfs sowie bei Ersatzteilen für technische Konsumgüter einschließlich Pkw
- gestellte Anträge auf ständige Ausreise
(man fühle sich nicht mehr mit der DDR verbunden)
- abgelehnte bzw. zurückgewiesene Anträge auf Privatreisen in das NSA

BSTU
0004

4

- Kritik an Umweltentwicklung und -schutz
- religiöse Gründe ("Zeugen Jehovas")
- politische Motive wie
 - . Ablehnung des sozialistischen Gesellschaftsbaus als ganzes oder in Teilbereichen (operativ bekannt)
 - . Ablehnung des Wahlsystems (zumeist kirchliche Amtsträger in Umsetzung der Orientierungen der Dresdener Synode der Evangelischen Landeskirche Sachsens)

Vereinzelte bekanntgewordene Begründungen mit geringer Verbreitung beziehen sich auf

- Unzufriedenheit mit betrieblichen oder privatrechtlichen Entscheidungen
- Nichterhalt eines Krippenplatzes
- Nichtrealisierung von Anträgen auf Telefonanschluß (vor allem Bezirksstadt)

3. Erkenntnisse über territoriale bzw. objektbezogene Konzentrationen von Nichtwählern im Verantwortungsbereich

Hervorhebenwerte territoriale bzw. objektbezogene Konzentrationen sind - ausgehend von den bisher vorliegenden Informationen und unter Beachtung, daß die Kreise Altenburg, Leipzig-Stadt und Geithain über dem prozentualen Durchschnitt der Nichtteilnahme des Bezirkes Leipzig liegen -, nicht zu verzeichnen. Die Relationen liegen insgesamt annähernd gleich den vorangegangenen Wahlen. Die Ursachen dafür, wie auch bei örtlich zu verzeichnenden höheren Anteil von Nichtwählern, liegen vorwiegend in kommunalen Fragen, die sich zumeist bereits vor den Wahlen abzeichneten.

BSTU
0005 5

4. Einschätzung des Verhaltens bzw. der Aktivitäten operativ interessierender Personengruppen nach dem Wahltag bzw. der Veröffentlichung der Wahlergebnisse

Die vorliegenden Informationen bestätigen im Vorfeld der Wahl bekanntgewordene operative Hinweise auf im Zusammenhang mit den Wahlen geplante Aktivitäten vorwiegend dem politischen Untergrund und kirchlichen Basisgruppen zuzurechnender Personen/Personengruppen, die sich vorrangig bezogen auf die

- demonstrative Bekundung der Ablehnung des bestehenden Wahlsystems der DDR auf dem Leipziger Markt gemäß eines illegal verbreiteten Aufrufs einer "Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft" (breite Popularisierung durch westliche Medien) sowie
- "Kontrolle" der Stimmenauezzählung in den Wahllokalen.

Die geplante Provokation in Leipzig wurde durch spezielle operative Maßnahmen in ihren Wirkungen weitgehend eingeschränkt bzw. eingedämmt. Durch westliche Medien erfolgten erneut verleumderische Angriffe gegen die staatlichen Maßnahmen

Aktivitäten zur "Überwachung" der Stimmenauezzählung wurden vor allem in den Stadtbezirken Leipzig-Mitte, Leipzig-Nordost und in einzelnen Fällen in den Kreisen Altenburg, Borna, Döbeln, Oschatz und Schmölln festgestellt. Die identifizierten Personen sind vorwiegend Angehörige kirchlicher Basisgruppen und dem politischen Untergrund zuzurechnender Kreise sowie in Einzelfällen Pfarrer und Antragsteller auf ständige Ausreise. Störungen der Stimmenauezzählung wurden nicht verursacht.

In Einzelfällen (Stadt Altenburg und Stadtbezirk Leipzig-Mitte) wurde bekannt, daß in den folgenden Tagen telefonische und persönliche Anfragen bei den örtlichen Räten bzw. der LVZ-Kreisredaktion erfolgten, ob und wann detaillierte Ergebnisse aus den einzelnen Wahlkreisen/-bezirken veröffentlicht würden. (darunter ein operativ bekannter kirchlicher Amtsträger aus Altenburg)

BSTU
0006

6

Bekanntwerdende Reaktionen zum Wahlergebnis zeigen einen sehr differenzierten Inhalt. Sie lassen folgende Hauptrichtungen erkennen, die, in unterschiedlichem Maße, in allen Kreisgebieten festgestellt wurden:

- die relativ hohe Zahl der Nichtwähler und der Gegenstimmen sei als Hinweis auf eine notwendige Verbesserung der Kommunalpolitik zu werten
- auf Grund der allgemeinen Stimmung unter der Bevölkerung haben men mit geringerer Wahlbeteiligung bzw. mehr Gegenstimmen gerechnet
- der Wahrheitsgehalt der amtlichen Veröffentlichungen zum Wahlergebnis werde, auch unter Berufung auf angeblich persönliche Feststellungen zur Wahlbeteiligung und zu Gegenstimmen (darunter häufig Mitglieder von Wahlvorständen), aber auch mit kritikloser Übernahme entsprechender Meldungen westlicher Medien in Frage gestellt.
- das Wahlergebnis widerspiegele nicht den realen Wählerwillen, es sei keine echte Alternative möglich (vorwiegend politisch negativ eingestellte Personen)

5. Erkenntnisse über die Teilnahme ausländischer Bürger an den Kommunalwahlen

Eine Aussage über die Wahlteilnahme ausländischer Bürger ist nur bedingt möglich.

Das Interesse an einer Wahlbeteiligung war sehr unterschiedlich, wobei u. a. argumentiert wurde, daß man nicht verstehen könne, daß man Kandidaten wählen solle, die man nicht kenne (u. a. ausländische Studenten der KJW Leipzig).

Eine Reihe von Ausländern (z. B. aus der SR Vietnam, VR Mocambique) machte eine Teilnahme unter Zustimmung ihrer diplomatischen Vertretungen abhängig.

Im Zusammenhang mit der Wahlteilnahme von Ausländern gab es keinerlei operativ bedeutsame Hinweise.

BSTU
0007

7

Insgesamt ließen sich nach vorliegenden Unterlagen 29,8 % aller wahlberechtigten Ausländer in die Wählerlisten eintragen.

Leiter der AKG
i. V.

Verteiler
ZAG
i. Stellvertreter
AKG

Knappe
Oberstleutnant

XX, 5.6.89
02 0 6 0 9 1896 139 73

Kreisdienststelle Leipzig-Stadt BSTU
0014

Leipzig 1. Juni 1989

27/89

Aktivitäten und Maßnahmen feindlich-negativer Kräfte zur Diskreditierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen

Unserer Dienststelle liegen offiziell auswertbare Informationen zu Aktivitäten feindlich-negativer Kräfte vor, die darauf ausgerichtet sind, eine Diskreditierung der Kommunalwahlen vom 7. 5. 1989, insbesondere durch Infragestellung der Richtigkeit der veröffentlichten Wahlergebnisse zu erreichen.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das Auftreten von Mitgliedern der sogenannten Arbeitsgemeinschaft "Dialog" des Leibniz-Clubs beim Kulturbund.

Es liegen gesicherte Erkenntnisse vor, wonach Mitglieder dieser AG an der Stimmentzählung in Sonderwahllokalen und Wahllokalen des Stadtbezirkes Mitte teilnahmen. Aufgrund ihrer dabei getroffenen Feststellungen nehmen diese Personen für sich das Recht in Anspruch, das Wahlergebnis im Stadtbezirk Mitte anzuzweifeln und treten zu diesem Zweck bisher mit folgenden Aktivitäten in Erscheinung:

- In einem am 23. 5. 1989 an den Stadtbezirksausschuß der Nationalen Front des SB Mitte übergebenen "Antrag auf Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl im Stadtbezirk Mitte der Stadt Leipzig und auf Überprüfung des Wahlergebnisses" (Anlage 1 zur Information) wird ein Vergleich der veröffentlichten Wahlergebnisse mit angeblich eigenen Feststellungen getroffen und daraufhin eine Differenz von 4,8 % bei der Zahl der Gegenstimmen

2
BSTU
0015

angenommen. Gegen die Gültigkeit der Wahl wird in diesem Schreiben Einspruch erhoben und die Überprüfung des Wahlergebnisses gefordert. Unterzeichnet ist dieser Antrag von

und Beate Broßmann, 7022 Leipzig, Cöthner Str. 5
[REDACTED], [REDACTED] Leipzig, [REDACTED]

- Am 29. 5. 1989 übergab der Bürger
[REDACTED], [REDACTED]
wh. [REDACTED] Leipzig, [REDACTED]
Warenbeweger
Kaufhalle Großzechocher
Mitglied der SED

in der SED-Stadtbezirksleitung Leipzig-Mitte eine "Mitteilung - Betr.: Gültigkeit der Wahl im Stadtbezirk Mitte", in welcher er sich auf den o. g. Antrag bezieht. (Anlage 2 zur Information)

Die Unterzeichner unterstellen in diesem Schreiben den Tatbestand der Wahlfälschung im Stadtbezirk Mitte und fordern eine Verschiebung der konstituierenden Sitzung der Stadtbezirksversammlung sowie Ermittlung und Bestrafung der Verantwortlichen. Gleichzeitig werden darin weitere Schritte, wie Information an zentrale Organe der Partei- und Staatsführung sowie die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens angekündigt.

Unterzeichnet ist das Schreiben von
[REDACTED], [REDACTED] Leipzig, [REDACTED]
Beate Broßmann, 7022 Leipzig, Cöthner Str. 5
Uwe Korth, 7022 Leipzig, Berggartenstr. 14
Rando Steinbach, 7010 Leipzig, Max-Planck-Str. 10
[REDACTED], [REDACTED] Leipzig, [REDACTED]

Das Schreiben ist mit folgendem Verteiler angegeben:

- Stadtbezirksbürgermeister Leipzig-Mitte
- SED-Stadtbezirksleitung Leipzig-Mitte
- SBL folgender Parteien und Massenorganisationen:
LDPD - NDPD - CDU - DBD - FDGB - FDJ - Kulturbund - DFD.

Es wurde bekannt, daß mittele Wärmeabzuggerät vervielfältigte Kopien dieses Schreibens durch Mitglieder der Gruppe zielgerichtet weiterverbreitet wurden.

So übergab der [REDACTED], [REDACTED], am 30. 5. 1989 dem stellv. Direktor des Hauses Auensee, Gen. Winkler, Rainer, eine derartige Kopie mit der Aufforderung, den Inhalt unter den Beschäftigten der Einrichtung zu verbreiten. Dem Personal des

BSTU 3
0016

Cafe "Cappuccino" in der Innenstadt wurde ebenfalls ein derartiges Exemplar übergeben.

Am 31. 5. 1989, gg. 11.30 Uhr, erschienen im Rathaus als Gruppe ca. 15 Personen, worunter sich die bekannten Mitglieder der AG "Dialog" B r o s s m a n n , [REDACTED] (weitere Angaben zur Person im folgenden) und [REDACTED] befanden, begaben sich ins Foyer und beabsichtigten den Sitzungssaal als Gäste aufzusuchen. (An der Personifizierung der weiteren Mitglieder wird gearbeitet.) Mit dem Hinweis, daß in Sitzungssaal für Gäste kein Platz mehr sei, wurde den Gruppenmitgliedern angeboten, die Sitzung im Nebenraum über Lautsprecher zu verfolgen, wovon jedoch kein Gebrauch gemacht wurde. Dem [REDACTED] gelang es, unbemerkt den Sitzungssaal zu betreten und einem bisher namentlich nicht bekannten Abgeordneten einen Diskussionsantrag zu überreichen. Dieser Antrag wurde dem SBEM, Gen. Setzepfand, übergeben. [REDACTED] wurde gebeten, den Saal zu verlassen. Dieser Aufforderung kam er widerwillig nach und bestand auf dem öffentlichen Charakter der Sitzung sowie seinem Recht zur Teilnahme an der Diskussion. Ein öffentlichkeitswirksames negatives Auftreten war dabei nicht zu verzeichnen. Vor Veranstaltungsbeginn konnte festgestellt werden, daß durch Mitglieder der Gruppe vereinzelt (genaue Anzahl nicht bekannt) die bekannten Thermokopien über die "angeblichen Wahlergebnisse" an Abgeordnete übergeben wurden.

Gegen 14.00 Uhr verließ die Gruppe das Rathaus, fand sich vor Beginn der Pause wieder im Vorraum des Sitzungssaales ein, wobei während der Pause Gespräche mit Abgeordneten sowie die Übergabe weiterer Thermokopien erfolgte.

Nach Beendigung der Pause kam es erneut zu Versuchen, an der Sitzung teilzunehmen, wobei auf den abgegebenen Diskussionsantrag des [REDACTED] verwiesen wurde. Durch einen namentlich nicht bekannten Abgeordneten wurde argumentiert, daß dieser Diskussionsbeitrag zeitlich nicht eingeordnet werden könne, die Möglichkeit besteht, diesen an den Rat einzureichen, so daß dieser bei der nächsten Ratssitzung behandelt werden könne. Daraufhin wurde angefragt, ob diese Sitzung öffentlich sei. Die Verneinung wurde mit zynischen und abwertenden Bemerkungen quittiert.

Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, daß dieses Auftreten offensichtlich gezielt vorbereitet wurde und in Vorbereitung der Sitzung durch Mitglieder der AG verschiedene Abgeordnete kontaktiert wurden.

So liegen Hinweise vor, daß der [REDACTED] am 30. 5. 1989 einen Abgeordneten einer Blockpartei in dessen Wohnung aufsuchte, eine Kopie des "angeblichen Wahlergebnisses" überreichte und versuchte, Einfluß auf dessen Abstimmungsverhalten am 31. 5. 89 zu nehmen. An der Konkretisierung des Sachverhaltes wird gearbeitet.

4
BSTU
0017

Zum Status der Arbeitsgemeinschaft "Dialog" und deren personeller Zusammensetzung liegen folgende Erkenntnisse vor:

Die Gruppe wurde im August/September 1988, damals unter der Bezeichnung "Neues Denken" gebildet. Die Bildung der AG wurde beim 1. Sekretär der Stadtleitung des Kulturbundes, Genn. Lützkendorf, beantragt und folgende Zielstellung dargelegt:

"Inspiziert von den Entwicklungen in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Bruderländern, aber in der Hauptsache natürlich ausgehend von eigenen Erfahrungen und Erkenntnissen, sehen wir für die weitere erfolgreiche Entwicklung folgende Notwendigkeiten:

- das individuelle, als auch gesellschaftliche Problembewußtsein bedarf unbedingter, beschleunigter Entwicklung (d. h.: unbedingte Orientierung an der Realität, jegliches Wunschdenken ist hemmend)
- umfassende und wahrheitsgemäße Vermittlung von Fakten über alle den Bürger und die Gesellschaft betreffenden Fragen
- Reorganisation, bzw. Erweiterung bestehender sowie Schaffung neuer demokratischer Strukturen, unoptimale Bedingungen für das nötige massenweise Engagement der Bürger zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zu gewährleisten
- öffentliche Thematisierung bzw. Diskussion aller entstehenden Problemfelder
- maximal mögliche Einbeziehung aller Betroffenen bzw. kompetenten Bürger in die Entscheidungsfindung
- Umsetzung der Entscheidung unter strenger demokratischer Kontrolle"

Dem beantragenden Personenkreis wurde daraufhin die Möglichkeit eingeräumt, im Rahmen eines Zyklus in der Themenreihe im "Klub der Intelligenz" (Leibniz-Klub) mitzuarbeiten.

Ein Vertreter der Gruppe "Dialog" ist Mitglied der Leitung des "Klubs der Intelligenz". Gegenwärtig wird diese Funktion durch den S t e i n b a c h , Rando, ausgeübt.

Die AG "Dialog" umfaßt nach bisher vorliegenden Informationen ca. 30 Mitglieder. Als bedeutsam ist einzuschätzen, daß innerhalb der AG Personen, die dem politischen Untergrund zuzuordnen sind, einen maßgeblichen Einfluß besitzen.

Folgende Erkenntnisse liegen zu einzelnen Mitgliedern der AG "Dialog" vor:

6

BSTU
0018

- Steinbach, Rando
geb. 15. 3. 1959 in Köhlungsborn
wh. 7010 Leipzig, Max-Planck-Str. 10
Pfleger
Bezirkskrankenhaus Leipzig-Dösen

Steinbach tritt als Führungsfigur der AG "Dialog" auf. Er steht seit dem 1. Mai 1988 im Blickfeld der Sicherheitsorgane, nachdem er mit einem selbstgefertigten Plakat mit dem Text: "Unser sozialistisches Vaterland Heim statt für Freiheit, Demokratie, Menschenrechte" in Erscheinung trat. Steinbach beteiligte sich mit 6 weiteren Personen an der Stimmenausählung im Sonderwahllokal Stadthaus. Dabei verlangte er vom Stadtbezirkbürgermeister, Gen. Setzpfand, eine exakte Auskunft über das Wahlergebnis. Ohne eine Ausgangsgröße zu nennen, gab der SBM die Zahl der gültigen, ungültigen und der Gegenstimmen an. Am Wahlsonntag verfolgte Steinbach die Stimmenausählung im Wahllokal 43. POS Leipzig. Bei den Auszählungen der Wahlergebnisse trat Steinbach diszipliniert und ohne provokative Äußerungen auf.

- [REDACTED], [REDACTED]
geb. [REDACTED]
wh. [REDACTED] Leipzig, [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Zu [REDACTED] liegen folgende Hinweise vor:

- Wehrdienstverweigerer
 - Teilnehmer am sogenannten "Pleißegedenkmarsch" am 5. 6. 88
 - ständiger Teilnehmer der sog. "Friedensgebete"/"Montagsandachten" in der Nikolaikirche
 - 26. 9. 88 Teilnahme am "Friedensgebet", "Träger eines Mundtuches mit der Aufschrift "Redeverbot"
 - Teilnehmer an allen 1989 stattgefundenen Provokationen in der Stadt Leipzig
 - [REDACTED] ist dem Kern des Personenkreises des politischen Untergrundes zuzuordnen.
 - Versuche der Disziplinierung des [REDACTED] erwiesen sich als erfolglos (weitere Kontrolle gesichert).
- Broßmann, Beate,
geb. 27. 4. 1961
wh. 7022 Leipzig, Cöthner Str. 5
Assistent
KfU Leipzig, Sektion M/L
Mitglied der SED

6

BSTU
0019

Mitunterzeichner des "Antrages auf Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl im Stadtbezirk Mitte der Stadt Leipzig und auf Überprüfung des Wahlergebnisses".

- [REDACTED], [REDACTED]
geb. [REDACTED]
wh. [REDACTED] Leipzig, [REDACTED]
ohne Arbeitsverhältnis

[REDACTED] wurde anlässlich der Maidemonstration 1986 personifiziert, als er versuchte, die Sicherheitsorgane bei der Entfernung eines selbstgefertigten Plakates mit der Aufschrift "Atomkraft - Nein Danke" aus dem Demonstrationszug zu fotografieren.

[REDACTED] wurde als Täter einer Schmiererei am 5. 2. 1988 im Fußgängertunnel Leuschnorplatz identifiziert, deren Inhalt sich auf "Neues Denken" nach Innen bezog. In einem OGV wurde er zu einer Geldstrafe in Höhe von 2000,- M und zu erstattenden Reinigungskosten in Höhe von 4000,- M verurteilt. Anlässlich eines "Friedensgebetes" im Juni 1988 in der Nikolaikirche wurde daraufhin zu einer Kollekte für [REDACTED] aufgerufen.

- [REDACTED], [REDACTED]
geb. [REDACTED]
wh. [REDACTED] Leipzig, [REDACTED]
Warenbeweger
[REDACTED]
Mitglied der SED

[REDACTED] ist Teilnehmer an sog. "Friedensgebeten/Montagsandachten" in der Nikolaikirche und gestaltete 1988 eine Veranstaltung aktiv mit. Er fungiert als Verbindungsperson zu Kräften des politischen Untergrundes aus dem Bereich Kultur und der kirchlichen Basisgruppen. Er ist Verfasser von Gedichten mit gesellschaftskritischem Inhalt. Seine beabsichtigte Teilnahme an der Konstituierung der Stadtbezirksverordnetenversammlung am 31. 5. 1989 im Stadtbezirk Mitte wurde verhindert.

Zu den weiteren Mitunterzeichnern der "Mitteilung" an die Stadtbezirksleitung Leipzig-Mitte

- [REDACTED]
geb. [REDACTED]
wh. [REDACTED] Leipzig, [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

jetzige Arbeitsstelle zur Zeit noch nicht bekannt,

7

BSTU
0020

Uwe K o r t h
geb. 11. 8. 1951
wh. 7022 Leipzig, Berggartenstr. 14
Diplom-Ingenieur
teilzeitbeschäftigt als Verfahrenstechnologe im
VEB VTA

und [redacted]
geb. [redacted]
wh. [redacted] Leipzig, [redacted]
Student [redacted]

liegen gegenwärtig keine Hinweise auf eine Beteiligung an
öffentlichkeitswirksamen negativen Aktivitäten in der Ver-
gangenheit vor.

Maßnahmen:
Weiterführung der Kontrolle der mit Handlungen im Sinne
politischer Untergrundtätigkeit bekanntgewordenen Mitglieder
der AG "Dialog" zur Aufklärung deren Ziele, Pläne und Ab-
sichten und Verhinderung negativer öffentlichkeitswirksamer
Handlungen.

Leiter der
Kreisdienststelle Leipzig-Stadt
[Signature]
Schmidt
Oberst

Ministerium für Staatssicherheit Berlin, 13. 6. 1989
Abteilung M M/1/zi-me 4154/89
Leiter

BSTU
0007

EINGEGANGEN
14. VI. 89 7339/89
Erl. Fi.

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit
Stellv. Operativ
Gen. Oberst Müller

Leipzig

Wahleingabe

Die Personen
[redacted] (2) *neu*
[redacted] Leipzig

Broßmann, Beate *v. u. - 8/Pratt*
Cöthner Str. 5
7022 Leipzig *arg.*

wenden sich an den Staatsrat der DDR sowie die Volkskammer und
erheben Einspruch über Bearbeitungsweise ihrer Eingabe vom
18. 5. 1989 durch die staatlichen Organe. Sie zweifeln die
Richtigkeit des in der Presse veröffentlichten Wahlergebnisses
an.

Die Originale wurden dem Adressaten zugestellt. Als Anlage
übersenden wir Ihnen Kopien zur weiteren Veranlassung.

Anlage
2 Kopien
lfd.Nr.: 643,644

[Signature]
Srobel
Generalmajor

Leh. Broßmann XXIP + K. D. St. d. d.

An das
Zentrale Wahlbüro
Staatsrat der DDR
Abteilung Staats- und Rechtsfragen
Marx-Engels-Platz
Berlin
1020

BSTU
0011

Leipzig, d.6.1989

betrifft:

Gültigkeit der Wahl im Stadtbezirk Leipzig Mitte

Wir wenden uns an Sie mit der Aufforderung, folgende Sachverhalte zu ueberpruefen:

1. das Wahlergebnis vom 07.05.1989 im Stadtbezirk Leipzig Mitte
2. die Richtigkeit der Verfahrensweise, in der mit unserem Antrag auf Einspruch gegen dieses Wahlergebnis auf der Stadtbezirksebene umgegangen wurde

Am 18.05.1989 wandten wir uns mit folgendem Antrag entsprechend des Wahlgesetzes an den Stadtbezirksausschuss Mitte der Nationalen Front (siehe Anlage 1). In einem Zwischenbescheid teilte uns die stellv. Sekretarin des Stadtbezirksausschusses Frau August mit, dass sie unseren Antrag an den Stadtbezirkbürgermeister Setzpfandt weitergeleitet habe. Eine Woche nach Ablauf der Einspruchsfrist, am 31.05.89, erhielten wir ohne vorheriges Gespraech oder Einladung zu einem solchen vom Stadtbezirkbürgermeister folgende Antwort (siehe Anlage 2). Durch vorherige telefonische Nachfragen waren wir bereits ueber den Inhalt des nachtraeglichen schriftlichen Bescheids informiert.

Da er keinen Beitrag zur inhaltlichen Klaerung des von uns zur Sprache gebrachten Problems enthielt, d.h. keinerlei Angaben ueber moegliche Gruende fuer das Auftreten der von uns registrierten Differenz zwischen offiziellem Wahlergebnis und der Summe der in den einzelnen Wahllokalen ermittelten Wahlergebnisse gemacht wurden, versuchten wir, ueber Abgeordnete selbst das Problem zur Sprache und zur Klaerung zu bringen bzw. bringen zu lassen. So informierten wir die Mandatstraeger, also die Stadtbezirksleitungen der Parteien und Massenorganisationen sowie mehrere Abgeordnete und Mitglieder der Wahlkommissionen der Stadt und des Bezirkes Leipzig und forderten sie auf, in ihrem jeweiligen Wirkungskreis auf eine Klaerung des genannten Sachverhaltes hinzuwirken. Von wenigen wurde uns dies auch zugesichert - ein positives Ergebnis solcher Bemuehungen liegt allerdings bislang nicht vor. Unsere Versuche, das Problem im Vorfeld und Verlauf der konstituierenden Tagung der Stadtbezirksversammlung zu eroertern und mit den Verantwortlichen und Abgeordneten in einer sachlichen, offenen Diskussion zu klaeren, scheiterten zum einen daran, dass die Verantwortlichen und Entscheidungstraeger das offizielle Wahlergebnis als das einzig verbindliche anerkannten und die von uns konstatierte Differenz schlichtweg ignorierten, zum anderen daran, dass unserem Antrag auf Redenerlaubnis auf der konstituierenden Tagung aus Zeitgruenden nicht stattgegeben wurde. Ausserdem wurde der Sachverhalt als geklaert und abgeschlossen bezeichnet, da mit uns vorgeblich ein klaerendes Gespraech stattgefunden haette, was - wie gesagt - gar nicht der Fall war.

Trotz Ausschuepfung aller rechtlich-demokratischen Mittel auf der Stadtbezirksebene war es uns somit nicht moeglich, eine inhaltliche Klaerung des bekannten Problemes zu erwirken.

Nunmehr stehen wir vor folgenden Fragen:

1. Wie kann es kommen, dass sich in Summierung der in den einzelnen Wahllokalen ermittelten Ergebnisse ein von dem offiziell verkundeten stark abweichendes Resultat ergibt? (Angesichts der Hoehe der Differenz sind Fehler bei der Auszaehlung und nachfolgende Korrektur als Ursache ausgeschlossen.)

BSTU
0012

STADTBZIRKSAUSSCHUSS
MITTE
LEIPZIG
MAY 1989

2. Inwiefern entspricht der Umgang mit unserem Antrag auf Einspruch seitens des Stadtbezirksausschusses der Nationalen Front dem vorgeschriebenen Rechtsweg? Ist es rechtens und sinnvoll, dass der Stadtbezirkbürgermeister und Vorsitzende der Wahlkommission Mitte anstelle einer uebergeordneten oder unabhueangigen Instanz mit der Ueberpruefung des von ihm selbst autorisierten Wahlergebnisses betraut wird? Wie ist es moeglich, den Stadtbezirksausschuss der Nationalen Front zur Wahrnehmung seiner im Wahlgesetz fixierten Pflichten zu veranlassen? Wer ist vom Gesetzgeber vorgesehen fuer die Ueberpruefung der in einem Antrag auf Einspruch gegen die Gueltigkeit der Wahl enthaltenen Angaben?

Von der Volkskammer erwarten wir eine Klaerung dieser Fragen insofern, dass von ihr

- a) eine Ueberpruefung der Wahlergebnisse im Stadtbezirk Leipzig Mitte in die Wege geleitet wird, und zwar auf solche Weise, dass das zu ueberpruefende Organ - in diesem Fall die Wahlkommission des Stadtbezirkes Mitte - seine Arbeit nicht selbst ueberpruefen soll bzw. darf,
- b) gesetzgeberische bzw. politische Massnahmen in die Wege geleitet werden, die den rechtsfreien Raum innerhalb der Wahlgesetzgebung mit Inhalt fuehlen und das Moeglichkeitsfeld fuer demokratische Einflussnahme erweitern (Praezisierung und Erweiterung der Gesetzesformulierungen) bzw. Verstoesse gegen ihre Bestimmungen bereits auf unteren staatlichen Ebenen auf demokratisch-rechtlichem Wege aehnden lassen.

In der Hoffnung, dass Sie sich unseres als Eingabe zu betrachtenden Anliegens kompetent und verantwortungsbewusst annehmen werden, bedanken wir uns im voraus und teilen Ihnen mit, dass gleichzeitig der Staatsrat der DDR, das ZK der SED und der Nationalrat der Nationalen Front und alle Mandatstraeger von diesem Schreiben und seinem Inhalt unterrichtet werden.

Mit sozialistischem Gruss

Beate Broßmann

Beate Broßmann
Cöthner Str.5
Leipzig
7022

7027

x die Volkskammer

Abkürzungsverzeichnis

AAK	Außenarbeitskommando
Abt.	Abteilung
Abt. VII	Volkspolizei, Ministerium d. Innern
Abt. IX	Untersuchungsorgan
Abt. XII	Zentrale Auskunft, Speicher
Abt. XV	Auslandsaufklärung
Abt. XX	Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund
Abt. XXII	Terrorabwehr
Abt. M	Postkontrolle
AG I	Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
BdL	Büro der Leitung/des Leiters
BDVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BHG	Bäuerliche Handelsgenossenschaft
BKG	Bezirkskoordinierungsgruppe
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung
CDU	Christlich Demokratische Union
DA	Dienstanweisung
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DE	Diensteinheit
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DV	Dienstvorschrift
DVP	Deutsche Volkspolizei
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
erf.	erfasst
EOS	Erweiterte Oberschule
EV	Ermittlungsverfahren
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
F. d. R.	Für die Richtigkeit
FStW	Funkstreifenwagen
Gen.	Genosse
gez.	gezeichnet
GKS	Geheime Kommandosache
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
GVS	Geheime Verschlusssache
HA	Hauptabteilung
HA XX	Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund
HA XXII	Terrorabwehr
Hptm.	Hauptmann
HW	Hauptwohnung

Ifo.	Information
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feind- verbindung
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung
KD	Kreisdienststelle
Kfz	Kraftfahrzeug
KK	Kerblockkartei
KMStadt	Karl-Marx-Stadt
KMU	Karl-Marx-Universität
KOM	Kraftomnibus
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
lfd. Nr.	laufende Nummer
LKW	Lastkraftwagen
Ltr.	Leiter
LVZ	Leipziger Volkszeitung
MdI	Ministerium des Inneren
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NSA	nichtsozialistisches Ausland
NSW-RK	nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet-Reisekader
NW	Nebenwohnung
op.	operativ
OSL	Oberstleutnant
OV	Operativer Vorgang
PE	Posteingang
PKW	Personenkraftwagen
pol.	politisch
POS	Polytechnische Oberschule
POZW	Politisch-operatives Zusammenwirken
PUT	Politische Untergrundtätigkeit
SB	Stadtbezirk
SBBM	Stadtbezirksbürgermeister
SBL	Stadtbezirksleitung
SDAG	Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SR	Sozialistische Republik
Stellv.	Stellvertreter
StVE	Strafvollzugseinrichtung
Tgb.-Nr.	Tagebuchnummer
TSK	territoriale spezifische Kräfte
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UHA	Untersuchungshaftanstalt
VEB	Volkseigener Betrieb
Verantw.	Verantwortung
VH/SG	Verhaftete/Strafgefangene
VK	Verkehrspolizei
VP	Volkspolizei
VPA	Volkspolizeiamt
VPKA	Volkspolizeikreisamt
VPKÄ	Volkspolizeikreisämter

VR	Volksrepublik
VSV	Verwaltung Strafvollzug
VTA	Verlade- und Transportanlagen
WBA	Wohnbezirksausschuss
WK	Wirtschaftlicher Kommunismus
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZK	Zentralkomitee
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe
ZOS	Zentraler Operativstab



Abb. 5/6
Fotos: BStU/Dresen

Der BStU und seine Außenstellen

Seinen Hauptsitz hat der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Berlin. Zudem gibt es Außenstellen in zwölf ehemaligen Bezirksstädten der DDR: Chemnitz, Dresden, Erfurt, Frankfurt (Oder), Gera, Halle, Leipzig, Magdeburg, Neubrandenburg, Rostock, Schwerin und Suhl. In Potsdam und Cottbus gibt es Beratungsstellen.

Unabhängig vom Wohnort können Bürgerinnen und Bürger in allen Dienststellen Akteneinsicht beantragen, die eigene Akte lesen oder Veranstaltungen und Ausstellungen besuchen.

Ausführliche Informationen zur Arbeit des BStU finden Sie im Internet unter www.bstu.de.

Zentralstelle Berlin

Karl-Liebknecht-Straße 31/33
10178 Berlin-Mitte
Postanschrift: 10106 Berlin
Tel.: 030 2324-50
post@bstu.bund.de

Bürgerberatung

Persönliche Beratung ist zu folgenden Zeiten möglich:
Mo–Do 08:00–12:00 und 13:00–17:00
Fr 08:00–14:00
Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:
030 2324-7000

Archiv der Zentralstelle

Ruschestraße 103
Eingang Haus 7
10365 Berlin
Tel.: 030 2324-6699
Fax: 030 2324-6619
archivfuehrungen@bstu.bund.de

Anfragen von Forschern und Medienvertretern

AU 5 | AU 6
Tel.: 030 2324-9050 / -9061
Fax: 030 2324-9059 / -9069
GZ.AU5@bstu.bund.de
GZ.AU6@bstu.bund.de

Abteilung Bildung und Forschung

Tel.: 030 2324-8801
Fax: 030 2324-8809
GZ.BF@bstu.bund.de

Fachbibliothek

Öffnungszeiten:
Mo, Di, Do 08:30–16:30
Mi 10:00–18:00
Fr 08:30–14:30

Tel.: 030 2324-8862
Fax: 030 2324-8819
bibliothek@bstu.bund.de

**Historisch-politische Bildung
und Ausstellungen**

Tel.: 030 2324-8831
Fax: 030 2324-8839
GZ.BF3@bstu.bund.de

Außenstelle Frankfurt (Oder)

Fürstenwalder Poststraße 87
15234 Frankfurt
Tel.: 0335 6068-0
astfrankfurt@bstu.bund.de

Beratungsstelle Cottbus

Karl-Marx-Straße 67
03044 Cottbus
Jeden letzten Dienstag im Monat 09:00–17:00

Beratungsstelle Potsdam

Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer
Gewalt im 20. Jahrhundert
Lindenstraße 54
14467 Potsdam
Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat 10:00–18:00

Außenstelle Neubrandenburg

Neustrelitzer Straße 120
17033 Neubrandenburg
Tel.: 0395 7774-0
astneubrandenburg@bstu.bund.de

Außenstelle Rostock

18196 Waldeck-Dummerstorf
Tel.: 038208 826-0
astrostock@bstu.bund.de

Außenstelle Schwerin

19065 Görslow
Tel.: 03860 503-0
astschwerin@bstu.bund.de

Außenstelle Halle

Blücherstr. 2
06122 Halle
Tel.: 0345 6141-0
asthalle@bstu.bund.de

Außenstelle Magdeburg

Georg-Kaiser-Str. 7
39116 Magdeburg
Tel.: 0391 6271-0
astmagdeburg@bstu.bund.de

Kontaktdaten Sachsen**Außenstelle Chemnitz**

Jagdschänkenstraße 52
09117 Chemnitz
Tel.: 0371 8082-0
astchemnitz@bstu.bund.de

Außenstelle Dresden

Riesaer Straße 7
01129 Dresden
Tel.: 0351 2508-0
astdresden@bstu.bund.de

Außenstelle Leipzig

Dittrichring 24
04109 Leipzig
Tel.: 0341 2247-0
astleipzig@bstu.bund.de

Kontaktdaten Thüringen**Außenstelle Erfurt**

Petersberg Haus 19
99084 Erfurt
Tel.: 0361 5519-0
asterfurt@bstu.bund.de

Außenstelle Gera

Hermann-Drechsler-Straße 1
Haus 3
07548 Gera
Tel.: 0365 5518-0
astgera@bstu.bund.de

Außenstelle Suhl

Weidbergstr. 34
98527 Suhl
Tel.: 03681 456-0
astsuhl@bstu.bund.de

Quellennachweis

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU):

- S. 9 (BStU, MfS, BV Dresden, KD Dippoldiswalde Nr. 17369, S. 1)
- S. 10-11 (BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Nr. 8963, S. 2)
- S. 12 (BStU, MfS, BV Dresden, KD Dippoldiswalde Nr. 17369, S. 2)
- S. 13-15 (BStU, MfS, BV Leipzig, AKG 3626, S. 1-3)
- S. 16-25 (BStU, MfS, ZOS, Nr. 425, S. 9-12, 15, 17, 21, 24, 28, 34)
- S. 26 (BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, XIV 2309/85, Bd. II/1, S. 295)
- S. 27 (BStU, MfS, HA XX, Nr. 7802, S.19)
- S. 28-29 (BStU, MfS, BV Leipzig, AG XXII 116, S. 34-35)
- S. 30-35 (BStU, MfS, BV Dresden, PI Nr. 144/89, S. 8-13)
- S. 36-38 (BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp-515, S.78, 83-84)
- S. 39-41 (BStU, MfS, BV Leipzig, AKG 00969/03, S.30, 33, 36)
- S. 42 (BStU, MfS, BV Dresden, Abt. VI, Nr. 7568, S. 1)
- S. 43-47 (BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG 4351, S. 73-77)
- S. 48 (BStU, MfS, BV Leipzig, AKG 02673, S. 15)
- S. 49 (BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, XIV 854/87, Bd. II/1, S. 122)
- S. 50-53 (BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Nr. 8147, S. 2-5)
- S. 54 (BStU, MfS, BV Leipzig, KD Leipzig-Stadt, Nr. 05457, S. 31)
- S. 55-61 (BStU, MfS, BV Leipzig, AKG 03627, S. 1-7)
- S. 62-68 (BStU, MfS, BV Leipzig, AKG 04513, S. 14-20)
- S. 69-71 (BStU, MfS, BV Leipzig, AKG 03447, S. 7, 11-12)

Bildnachweis

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur:

Cover: Archiv BStA, Fotobestand Klaus Mehner, Bild 89 0507 POL Wahlen 08

Impressum

Herausgeber

BStU
Karl-Liebknecht-Straße 31/33
10178 Berlin
Postanschrift: 10106 Berlin

Tel.: 030 2324-50
post@bstu.bund.de

Gestaltung

Pralle Sonne
Berlin

Redaktion

BStU
Pressestelle/Stabsstelle Kommunikation
10106 Berlin
www.bstu.de

Wir danken Beate Broßmann, Rando Steinbach und Uwe Korth
für die erteilte Abdruckgenehmigung der Unterlagen.

Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers
und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

© BStU 03/2014

